



**Liebe Unternehmer, Verbandsmitarbeiter  
und Freunde der Stahl und Metall  
verarbeitenden Industrie,**

bislang haben internationale Konventionen zum Klimaschutz entweder nicht Ernst gemacht oder wurden gar nicht erst von allen großen Industrienationen unterzeichnet. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich das geändert. Ein solch breites Übereinkommen zum Klimaschutz hatte es davor noch nicht gegeben, und bislang jedenfalls dürfte auch noch von einer tatsächlichen Umsetzung durch sämtliche Vertragsstaaten auszugehen sein.

Die Bundesregierung hat nach einigen Geburtsschwierigkeiten noch rechtzeitig zur Klimakonferenz von Marrakesch den sogenannten Klimaschutzplan 2050 vorgelegt. Die Ressorts Wirtschaft und Verkehr hatten auf den letzten Metern Änderungen eingebracht. Dieser nationale Klimaschutzplan hat es in sich, indem er höchst ambitionierte Ziele zur Einsparung von Treibhausgasemissionen für die Industrie, die Energiewirtschaft, den Verkehr, die Landwirtschaft und das Wohnen formuliert. Er betrifft damit uns alle. Es geht um nicht weniger als einen tiefgreifenden Umbau der Industrienation Deutschland in den Bereichen Mobilität, Produktion und Arbeit, das Wohnen sowie andere Lebens- und Erwerbsbereiche.

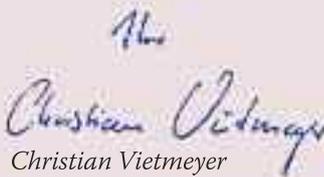
Deutschland steht am Beginn eines langen Weges. Er wird fundamentale Änderungen mit sich bringen, die sich auf jedermann auswirken werden und die bei der Energiewirtschaft bereits heute sichtbar zu Tage treten. Da überrascht es zunächst schon, dass sich die Bundesregierung derart tiefgreifende gesellschaftliche Entscheidungen selbst anmaßt und die gewählten Volksvertreter gar nicht befragt. Der Klimaschutzplan ist nämlich kein Gesetz und in keinem parlamentarischen Verfahren zustande gekommen. Warum sollen aber zum Beispiel Freihandelsabkommen wie CETA den Abgeordneten des Deutschen Bundestags zur Entscheidung vorgelegt

werden, wenn doch der Klimaschutzplan auch ganz ohne parlamentarischen Segen auskommt?

Schaut man sich den Plan genauer an, dann ist augenfällig, dass die Ist-Zustände bei den CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Zielwerte definiert werden, die Wege zum Ziel indes werden nur abstrakt und wenig konkret beschrieben. Da drängt sich dem Leser sogleich die Frage auf, ob die Ziele realistisch und technisch überhaupt erreichbar sind. Bereits die Zwischenziele für das Jahr 2030 – die Reduktion von Treibhausgasen um 55 Prozent, bezogen auf das Jahr 1990 – werden nur erreichbar sein, wenn in allen genannten Bereichen der Einsatz fossiler Brennstoffe weitgehend entfällt und wenn bis dahin eine umfassende Elektrifizierung stattgefunden hat. Der Strom für die vielen Elektroautos, Elektroheizungen etcetera darf dann selbstverständlich nicht mehr aus Kohle- und Gaskraftwerken kommen, und Atomstrom wird es in Deutschland 2030 nicht mehr geben. Doch im Jahr 2016 ist noch nicht einmal richtig mit dem Bau der notwendigen Infrastruktur begonnen worden. Es liegt heute noch kein Kabel der großen Übertragungsstromtrassen unter der Erde, der den Strom aus Windkraftanlagen von der Nordsee nach Bayern transportieren könnte. Und taugliche Technologien für die Speicherung großer Strommengen sind noch nicht vorhanden.

Die Transformation Deutschlands in eine treibhausgasneutrale Gesellschaft – und das ist das erklärte Ziel für das Jahr 2050 – kann nur gelingen, wenn die Wirtschaft und die Gesellschaft mitgenommen werden. Es wird keine erfolgreiche Treibhausgasneutralität innerhalb einer Generation geben, wenn auf dem Weg dorthin zu viele Betriebe verloren gehen und der gesellschaftliche Rückhalt schwindet. Deshalb ist dringend darauf zu achten, die Ziele an den Realitäten auszurichten und stets die Balance zwischen dem Klimaschutz einerseits und der Bewahrung von Arbeitsplätzen andererseits zu halten. Es wäre tragisch, wenn der Klimaschutz wegen eines zu starken Übergewichts seine gesellschaftliche Akzeptanz verlöre und deshalb wegfiele.

Ich lade Sie hiermit herzlich ein, in dieser letzten Ausgabe in 2016 zum Schwerpunktthema Klimawandel mehr zu erfahren. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches und gesundes Neues Jahr!

  
Christian Vietmeyer

# Inhalt

WSM-Nachrichten 4/2016

## ■ AKTUELLES AUS WIRTSCHAFT & POLITIK

- 4 *WSM im Gespräch mit Marie-Luise Dött*  
**„An jede Maßnahme der Klimapolitik gehört ein Preisschild“**
- 8 *Energiepolitik*  
**Die Energiewende im deutschen Mittelstand**
- 12 *Klimaschutzplan 2050*  
**Klimaschutzkonzept reloaded**
- 14 *Im Interview*  
**Drei Fragen an Matthias Wissmann**
- 16 *EEG-Umlage*  
**Wie geht es weiter?**

## ■ AUS DER BRANCHE

- 19 *WSM-Konjunktur*  
**Produktion nach drei Quartalen mit 1,4 Prozent im Plus**
- 20 *STEP up*  
**BMWi fördert Energieeffizienz**
- 20 *Stahlmarkt*  
**Rohstoffkosten steigen – Stahl wird teurer**
- 22 *Umwelt und Arbeitsschutz*  
**Neue Regelungen und Anforderungen in Sicht**
- 24 *Metallindustrie 2017*  
**Stabiler Ausblick trotz zunehmender Risiken**

## ■ WSM-INTERN

- 28 *Neue IBU-Webseite*  
**Jetzt mit Login-Bereich für Mitglieder**
- 28 *Chancengeber 2016*  
**Herstellerverband freut sich über Anerkennung**

## ■ FÜR DIE BETRIEBSPRAXIS

- 30 *Recht*
- 32 *Steuern*
- 35 *Mobile Zukunft*  
**Das Nutzfahrzeug auf dem Weg zur digitalen Transformation**
- 38 *Industrielle Versicherungen (XVI)*  
**Wenn der Regen kommt**

04

WSM im Gespräch mit Marie-Luise Dött  
„An jede Maßnahme der Klimapolitik gehört ein Preisschild“

16

EEG-Umlage  
Wie geht es weiter?

38

Industrielle Versicherungen (XVI)  
Wenn der Regen kommt

WSM im Gespräch

# „An jede Maßnahme der Klimapolitik gehört ein Preisschild“

Marie-Luise Dött ist umwelt- und baupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Der Klimaschutzplan, den das Bundesumweltministerium als Entwurf vorgelegt hat, strebt eine weitgehende Treibhausgasneutralität bis 2050 an. Das ist eine beispiellos tiefgreifende Veränderung der Wirtschaft durch die Politik. Heute werden die Pfade eingeschlagen, die über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden. Hat man da nicht auch mal Angst vor Irrtümern?**

**Dött:** Diese Frage müssen Sie der Bundesumweltministerin stellen. Die hat den Entwurf für den Klimaschutzplan 2050 vorgelegt.

Aber ich gebe Ihnen gern meine Einschätzung: Klimaschutz ist eine große Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Er funktioniert nur gemeinsam mit den Bürgern und auch nur mit den Unternehmen. Es ist richtig, dass Politik klare Rahmen für die Entwicklung setzt. Aber, und hier kommt der Unterschied zwischen meiner Herangehensweise und der

der Umweltministerin: Es geht um Rahmenbedingungen und nicht um ein Regelungskorsett, das heute technologiescharf die Zukunft in 30 Jahren festschreiben will. Ein solches Konzept muss scheitern. Es missachtet technologischen Fortschritt und Innovationskraft und birgt damit die Gefahr der Vorgabe von gegebenenfalls kostspieligen Fehlentwicklungen. Davor kann man tatsächlich Angst haben, und genau deshalb haben wir den Entwurf der Umweltministerin abgelehnt und einen eigenen Vorschlag gemacht, die Klimaziele zu erreichen.

Es ist sehr erfreulich, dass viele davon während der Ressortverhandlungen innerhalb der Bundesregierung aufgegriffen wurden. Der Klimaplan ist an vielen Stellen deutlich offener formuliert und gibt damit auch der Wirtschaft Luft zum Atmen oder besser: Raum für eine dynamische Entwicklung.

**Das Jahr 2050 scheint in weiter Ferne. Tatsächlich aber sollen bereits bis 2030 die Treibhausgas-Emissionen um 55 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 gesenkt sein. Die Stromversorgung wird bereits radikal umgebaut. In der Energiewirtschaft treten die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieser disruptiven Veränderungen offen zu Tage. Erwarten Sie in der Industrie ähnliche Szenarien?**

**Dött:** Als disruptive Technologie bezeichnet man neue Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle, die Bestehendes verdrängen. Das ist in der Tat im Bereich der Energieversorgung passiert. Der Umbau der Energieerzeugung hin zu den Erneuerbaren Energien hat nicht nur Auswirkung auf die Art der Energieerzeugung. Wir erleben in Teilen auch eine stärkere Dezentralisierung des Energiesystems, verbunden mit einer Zunahme von Anbietern; Energieeffizienz wird zunehmend ein Geschäftsmodell.



Foto: Pixabay.de / Lesserland

## „*Ein Regelungskorsett, das heute technologiescharf die Zukunft in 30 Jahren festschreiben will, muss scheitern.*“

Ich bin davon überzeugt, dass auch in anderen Bereichen solche Prozesse stattfinden werden. Nehmen Sie den Bereich der Mobilität: Selbst die großen, klassischen Autohersteller reden vom Siegeszug des Elektroautos und vom Ende des Verbrennungsmotors. Und auch hier geht es um mehr als den Einbau eines anderen Motors in ein Auto. Es geht um den Aufbau einer flächendeckenden neuen Infrastruktur, um Fahrzeuge mit Strom zu versorgen. Es geht um die Verknüpfung des neuen Antriebs mit dem autonomen Fahren. Es werden auch hier neue Anbieter wie Google oder Tesla am Markt erscheinen, und es werden Umorientierungen von Herstellern und Zulieferern der klassischen Autoindustrie erforderlich sein. Ein Fahrzeug mit Elektromotor braucht beispielsweise kein Getriebe. Ähnliche technologische Veränderungen sehe ich mittel- bis langfristig auch bei der Gebäudeheizung.

Wichtig ist, dass sich die Unternehmen rechtzeitig auf solche Entwicklungen einstellen und die Unternehmenspolitik neu ausrichten, zum Beispiel auch die Forschungskapazitäten. Aber wichtig ist auch, dass die Politik nicht mit der Brechstange vorgeht, sondern wirtschaftlich und sozial verantwortlich handelt. Das heißt, Bürgern und Unternehmen realistische zeitliche Perspektiven zur Umsteuerung zu geben. Unrealistische Ziele führen zu Kapitalvernichtung und zur Gefährdung des Wirtschaftsstandorts einschließlich der Arbeitsplätze. Verantwortliche Politik muss sich dieses Risikos immer bewusst sein.

***Der Industriesektor hat von 1990 bis 2014 seine direkten Emissionen um 36 % gesenkt. Weitere Reduzierungen zu erreichen ist gleichwohl eine enorme Herausforderung, weil die Senkungspotenziale immer schwieriger zu heben sind. Was ist mit den Branchen, die das nicht schaffen werden?***

***Dött:*** Die bisherigen Minderungen im Industriesektor waren in der Tat erheblich. Und richtig ist auch, dass die Reduzierung des letzten Gramms Schadstoff – oder in diesem Fall CO<sub>2</sub> – oft das teuerste ist. Wir kennen das auch aus anderen Bereichen der Umweltpolitik. Insbesondere weil Klimaschutz ein globales Problem ist, das auch nur global zu lösen ist, sollten wir Klimapolitik verstärkt internationalisieren. Das ist mit Paris gelungen. Jetzt müssen sich alle Staaten zu konkreten Maßnahmen verpflichten. Das ist auch eine Chance für mehr Effizienz im Klimaschutz. Mit wenig Geld möglichst viel Klimaschutz erreichen – das muss stärker als bislang im Fokus stehen. Deutschland stellt hier bereits erhebliche Mittel international zur Verfügung. Und letztlich sind deutsche Unternehmen mit hervorragenden technologischen Lösungen international am Markt.

Im Klimaschutzplan sind in der Tat jetzt konkrete Sektorziele, keine Branchenziele, enthalten. Diese sind, übrigens auf unseren Druck hin, als Minderungskorridore beschrieben. Im Lichte der Diskussionen der vergangenen Monate scheinen die Autoren des Klimaplanes hier deutlich realistischer und auch selbstkritischer geworden zu sein. Für den Klimaplan wird es ein Monitoring geben, und es werden Anpassungsmöglichkeiten im Rahmen eines Monitoring geschaffen. Aber, um nicht missverstanden zu werden: Es bleibt beim Ziel, 2050 80 bis 95 Prozent Treibhausgasminde rung zu erreichen.

***Unsere mittelständischen Industriebetriebe stehen in einem scharfen Wettbewerb mit Unternehmen aus Europa und aus Übersee. Bei den Stromkosten sind wir bereits nicht mehr wettbewerbsfähig. Der Klimaplan deutet indes an, dass die Bundesregierung ambitioniertere Ziele als andere Industrienationen verfolgen will. Dabei bräuchten wir eigentlich weltweit vergleichbare Belastungen für die Industrie,***



Foto: Freepik.com

**um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wie geht das zusammen?**

**Dött:** Der Erhalt des Wirtschaftsstandorts und der Arbeitsplätze war in den Entwürfen von Frau Hendricks zum Klimaschutzplan außer mit ein paar Floskeln kein Thema. Das hat sich auf unseren massiven Druck hin inzwischen geändert und zwar nicht nur mit wohlfeilen Beteuerungen. Der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit funktionierenden, innovativen und geschlossenen Wertschöpfungsketten ist im Klimaschutz jetzt ein zentrales Ziel des Klimaschutzplans der Bundesregierung. Und das findet sich folgerichtig auch in den anderen Teilen des Klimaplanes wieder. Insbesondere die Forderung der Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise und die Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei der künftigen Ausgestaltung des Emissionshandels sind starke Signale für die wirtschaftliche Kompetenz der gründlich überarbeiteten und dann im Bundeskabinett beschlossenen Fassung.

Übrigens geht es hier nicht nur um wirtschaftliche Aspekte. Es geht auch um die Frage der sozialen Kompe-

tenz des Klimaplanes. Sozial kann Klimapolitik nur dann sein, wenn sie für die Bürger bezahlbar bleibt und nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen geht. Es hat mich doch sehr überrascht, wie wenig hierauf in den ersten Entwürfen zum Klimaplan eingegangen worden ist. Es reicht eben nicht, handverlesene Bürgerdialoge zu organisieren. Man muss bei den konkreten Politikmaßnahmen auch mal rechnen, was das für die Bürger kostet. An jede Maßnahme der Klimapolitik gehört aus meiner Sicht ein Preisschild. Nur dann kann ich wirtschaftlich und sozial gerecht handeln. Das werden wir bei der Entwicklung des bis 2018 zu erarbeitenden Maßnahmenplans mit Nachdruck einfordern.

**Ist das wesentliche Steuerungselement zur Begrenzung von CO<sub>2</sub>-Emissionen das Emissionshandelssystem? Wie wird dieses System nach Ihrer Einschätzung in den kommenden Jahren verändert werden, um die Ziele zu erreichen?**

**Dött:** Ja, der Emissionshandel ist das zentrale Steuerungsinstrument der Klimapolitik. Deshalb ist es erforderlich, dass jede zusätzliche Maßnahme daraufhin geprüft wird, ob und gegebenenfalls wie sie vom Emis-

onshandel beeinflusst wird und ob von ihr Wirkungen auf den Emissionshandel ausgehen. Nichts wäre teurer und für das Instrumentarium der Klimapolitik schädlicher, als den Emissionshandel zu schwächen. Insoweit ist es zu begrüßen, dass in der letzten Runde der Verhandlungen zum Klimaschutzplan ein klares Bekenntnis zum Emissionshandel und sehr konkrete Aussagen zur deutschen Position der künftigen Ausgestaltung des Emissionshandelssystems erfolgt sind. Die Aussagen zur Entwicklung sind mehr als deutlich. Vermeidung von Carbon Leakage, Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit, Anhebung des Industriecaps, Festlegung des Benchmarks anhand realer Daten, all das sind gute Signale für den Wirtschaftsstandort.

Wichtig ist übrigens auch, was nicht mehr im Text steht, nämlich die Festlegung eines Mindestpreises für die Zertifikate. Auch diese Streichung war uns sehr wichtig. Gleichwohl sind mir bei diesem Thema zwei Anmerkungen wichtig. Erstens: Ich hätte durchaus Sympathie dafür gehabt, zu prüfen, ob eine Ausweitung des Emissionshandels auf andere Bereiche, zum Beispiel auf den Verkehr, sinnvoll sein kann. Und zweitens: Es wird am Ende doch wieder erwogen, zusätzlich zum Emissionshandel nationale Maßnahmen zu ergreifen. Das sehe ich äußerst kritisch, und hier werden wir sehr genau hinschauen, was da gegebenenfalls passiert.

***Die Volkswirtschaften vieler Staaten der Welt hängen vom Export fossiler Brennstoffe ab. Wenn deren Geschäftsmodelle durch die Dekarbonisierung der westlichen Industriestaaten erodieren, könnte das Folgen auch für uns haben. Denken Sie in der Großen Koalition auch darüber nach?***

**Dött:** Ich mache mir um die Folgen der Dekarbonisierung für die saudi-arabische oder russische Wirtschaft weniger Sorgen. Zum einen suchen diese Staaten nach anderen Märkten, und die gibt es ausreichend. Zum anderen beginnen auch Erdöl- und Erdgasexportnationen, ihre energetische Basis und ihre Wirtschaftsstruktur schrittweise umzubauen. Es wird gerade in diesen Staaten zunehmend in Anlagen zur Rohstoffveredelung investiert. Die Zeichen der Zeit werden dort also erkannt. Wir müssen hier eher aufpassen, dass uns nicht wichtige Teile der Wertschöpfung weggenommen werden. Denn wer die Rohstoffe und Energie hat und dann auch die Rohstoffveredelung übernimmt, der hat eine starke Position auf den Weltmärkten. Genau deshalb müssen

wir die Energiekosten immer im Auge behalten. Sie dürfen nicht zur Achillesferse für unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb werden.

Zudem erfolgt die Abkehr von fossilen Energieträgern mit einer längeren Auslaufkurve. Bis auf weiteres werden auch wir Kohle, Öl und Gas benötigen. Das sagt ja auch der Klimaschutzplan. Von den Übergangszeiten, die wir für uns selbst schaffen, profitieren dann auch die Kohle-, Gas- und Ölexportnationen. Und wenn ein Staat beim schrittweisen Umbau seiner Wirtschaftsstruktur Hilfe benötigt, dann bekommt er sie von uns, zum Beispiel durch Entwicklungszusammenarbeit oder durch das Angebot modernster, ressourcenschonender Technik oder Technologie „Made in Germany“.

***Wir danken Ihnen für das Gespräch.***



Foto: cdacus.de

## ***Zur Person***

**Marie-Luise Dött**, Jahrgang 1953, gehört seit 1998 dem Deutschen Bundestag an und ist Mitglied im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und umwelt- und baupolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Frau Dött ist verheiratet und hat einen erwachsenen Sohn.

Foto (Hintergrund): Freepik.com

## Energiepolitik

# Die Energiewende im deutschen Mittelstand

Anlässlich der Eröffnung des Forums Mittelstand & Energie am 13. Oktober 2016 in Berlin hielt Dr. Hans-Toni Junius, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses und Geschäftsführer der C.D. Wälzholz KG in Hagen, eine leidenschaftliche Philippika gegen die mittelstandsunfreundliche Energiepolitik in Deutschland und für faire Wettbewerbsbedingungen – auch der energieintensiven Industrien. Wir dokumentieren im Folgenden die vollständige Rede.



Foto: Fotolia.de / Kzenon

Das Wort „Mittelstand“ benutzen Politiker oft und gern, an vielen Orten und in allen möglichen Zusammenhängen. Denn „Mittelstand“ transportiert ein gutes Gefühl und weite Zuversicht. Jeder versteht scheinbar, was darunter gemeint ist und – anders als bei der „anonymen Großindustrie“ – mag man den Mittelstand. Das gilt im Bundestag sogar fraktionsübergreifend.

Das begrüße ich natürlich sehr – als mittelständischer Familienunternehmer in sechster Generation sowie als Vorsitzender des BDI/BDA Mittelstandsausschusses. Es fällt mir aber auf, dass der Begriff oft überstrapaziert wird.

Ich könnte viel berichten über die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Bedeutung des Mittelstands. Drei Kennziffern sollen genügen:

- ▶ Gut 90 Prozent der Industrieunternehmen gehören zum familiengeführten Mittelstand.
- ▶ Rund 60% aller Arbeitsplätze stellt der Mittelstand bereit. 83% aller Ausbildungsplätze kommen aus diesen Unternehmen.
- ▶ Über 80% der mittelständischen Investitionen bleiben im Inland. Und trotzdem: 96% der Unternehmen zahlen volle EEG-Umlage.

Weiter einstimmen auf diesen Abend möchte ich Sie mit folgendem Zitat: „Der Mittelstand bildet mit seinem starken industriellen Sektor das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland. Die mittelständische Güterproduktion ist der Anker für die industrielle Wertschöpfungskette, die Zulieferer und zahlreiche Dienstleister miteinander verbindet.“

Es stammt weder von Ludwig Erhard noch von Karl Schiller oder Otto Graf Lambsdorff. Es kommt aus dem Koalitionsvertrag der seit 2013 regierenden „Gro-Ko“. Natürlich hätte das so auch von mir stammen können. Denn ich sehe die Situation genauso. Das ist aber leider nicht entscheidend. Entscheidend ist, ob Politiker danach handeln. Ob sie diese Erkenntnis präsent haben bei Erwägungen und Entscheidungen in allen Bereichen.

Schaue ich auf die letzten Jahre zurück, dann habe ich daran erhebliche Zweifel.

### **Der Mittelstand im Koalitionsvertrag und in der Realität**

Stolze 35 Mal taucht das Wort „Mittelstand“ im Koalitionsvertrag auf. Der hohe Industrieanteil im Mittelstand habe auch während der Wirtschafts- und Finanzkrise zur Rettung beigetragen. Der deutsche industrielle Mittelstand

sei gar Vorbild für Europa und darüber hinaus. Das alles mag richtig sein. Denn der Mittelstand ist global aktiv und gleichzeitig standorttreu. Er ist in seiner Breite und Tiefe über alle Sektoren hinweg Deutschlands große Stärke.

Damit dies so bleibt, muss man aber etwas tun. Denn wir stehen in internationaler Konkurrenz. Auf allen Feldern, jeden Tag neu.

Diese Erkenntnis scheint im politischen Raum mehr und mehr vergessen zu werden. Denn anstatt den Mittelstand zu stärken, ihn zu pflegen oder wenigstens in Ruhe arbeiten zu lassen, hat sich der Rahmen für Familienunternehmer nach und nach verschlechtert.

Gilt der Mittelstand am Sonntag noch als „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“, wird er von Montag bis Freitag immer weiter belastet. Ich könnte eine lange Liste aufzählen, von A wie Abfallrecht über E wie Erbschaftsteuer zu U wie Umweltrecht bis hin zu Z wie Zertifikatehandel. Aber heute will ich einen anderen Bereich herausgreifen, der das gut illustriert: die Energiepolitik. Das Thema, das Vertreter aus Unternehmen, Politik und Gesellschaft heute auf Einladung von BDI und KfW zusammenbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

um jegliches Missverständnis zu vermeiden will ich vorab klarstellen: Niemand will den Klimaschutz und die Energiewende zurückdrehen. Es gibt kein vergleichbares Projekt in Deutschland, das sich konstant so hoher Zustimmung in der Bevölkerung erfreut wie die Energiewende. Diese Situation blendet auch der industrielle Mittelstand nicht aus.

Wichtig ist aber, dass Klimaschutz und Energiewende professionell umgesetzt werden. Und als passionierter Segler kenne ich mich mit Wendemanövern aus. Dafür braucht es eine leistungsfähige Mannschaft, ein abgestimmtes Miteinander und ein klares Ziel. Sonst kommt man nicht durch den Wind und gefährdet Kurs, Crew und Schiff.

Als Segler und Familienunternehmer sage ich daher: Die Energiewende in ihrer derzeitigen Form bringt durch im-

mer weiter steigende Energiekosten die Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Mittelstands in Deutschland erheblich in Gefahr. Wir sitzen gemeinsam auf einem schwankenden Schiff, und der Wind frischt auf.

**Der Mittelstand in Deutschland** braucht Energie in verlässlicher Verfügbarkeit und zu angemessenen Preisen. Davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Wie eine aktuelle IW-Studie belegt, sind die gestiegenen Energiekosten eine der größten Belastungen für den industriellen Mittelstand. Alleine die Höhe der EEG-Umlage hat sich seit 2010 verdreifacht. Und die nächste Steigerung erscheint schon am Horizont.

Ja, die EEG-Reform 2016 ist ein Schritt in die richtige Richtung, indem sie das System grundsätzlich neu – hin auf mehr Wettbewerb – ausrichtet. Das ändert jedoch nichts daran, dass die EEG-Umlage weiter Tag für Tag die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands untergräbt. Mehr als 50 Prozent des Strompreises sind heute auf staatliche Belastung zurückzuführen. Belastungen, die Wettbewerber außerhalb Deutschlands so nicht tragen müssen. An das kommende Thema „Netzentgelte“ will ich hier gar nicht denken.

Für Unternehmen in unserer westfälischen Region wird sich der Preis für Strom von 2010 bis 2025 um mehr als 50% erhöhen. Das bedeutet für einige Mittelständler eine zusätzliche Millionenbelastung im Jahr.

**Viele politische Maßnahmen**, die auf die ganze deutsche Wirtschaft zielen, wirken auf mittelständische Unternehmen besonders. Sie wirken wie unter einem Brennglas. Gerade Unternehmen, die in guter Tradition an Ihrem Standort in Deutschland festhalten, treffen nationale Alleingänge besonders stark. Eine seltsame Situation: Die Standorttreue des familiengeführten Mittelstands in Deutschland wird durch einseitige nationale Maßnahmen bestraft.

Emissionshandel, EEG-Umlage, KWK-Umlage, Stromsteuer, Energiesteuer – Deutschland hat in den letzten





Jahren viele energie- und klimapolitische Instrumente eingeführt. In der Summe führen sie zu sehr hohen Energiekosten und zu immer neuen und zusätzlichen bürokratische Belastungen.

Ich muss und will es so klar sagen: Mittelstandspolitik sieht anders aus.

### **Es herrscht große Unsicherheit in den Unternehmen**

Wir Familienunternehmer denken und planen in Generationen. Alleine das EEG – als eines der vielen Instrumente – ist seit seiner Verabschiedung oft reformiert, verändert und umgestaltet worden. Doch nur sehr bedingt zum Guten. Wir sehen uns vielmehr stetig schlechteren Investitionsbedingungen gegenüber. Es herrscht große Unsicherheit in den Unternehmen. Denn es fehlt ein vorhersehbarer, verlässlicher und stabiler Rahmen auf diesem entscheidenden Feld.

Natürlich, die Energiewende bietet mittelständischen Unternehmen auch Chancen. Sie sind in vielen Bereichen führend und oft „Hidden-Champions“, wenn es um umwelt- und klimaschützende Technologien geht. Hier bieten sich zum Teil neue und zukunftssträchtige Geschäftsbereiche, in denen viele Mittelständler bereits kräftig mitmischen. Und das ist gut so.

Aber wenn ich alles nüchtern abwäge ist genauso klar: Die Risiken der Energiewende überwiegen die Chancen bisher um ein Vielfaches. So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Der Mittelstand braucht mehr Planbarkeit, mehr Verlässlichkeit und mehr Ausgewogenheit. Und er braucht weniger Kosten und weniger Papierkram.

**Die Energiewende**, die trotz stürmischer See niemand abbrechen will, ist für den Mittelstand eine riesige Herausforderung. Politisch fehlt die klar durchdachte Linie, das kommt in den Unternehmen spürbar an. So jedenfalls kann niemand eine dauerhaft erfolgreiche Mittelstandspolitik betreiben. Im Gegenteil: die Politik macht es den Mittelständlern und Familienunternehmen schwer, in Deutschland zu investieren. Man drängt sie geradezu, neue Standorte und Erweiterungsinvestitionen im Ausland genauer zu prüfen.

Und die Energiepolitik ist ja nicht die einzige Herausforderung. Die Innovationskraft deutscher Mittelständler sinkt. Fehlende Breitbandnetze jenseits der Ballungszentren erschweren die Digitalisierung. Immer schärferes Umweltrecht macht sinnvolle Standorterweiterungen schwieriger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

um den „German Mittelstand“ werden wir weltweit beneidet. Er ist eine so typisch deutsche Erscheinung wie



Foto: Fotolia.de / NicoElNino

„Oktoberfest“, „Kindergarten“ oder „Bundesliga“. Eben ein Wort, das in vielen anderen Sprachen fest verwurzelt ist. Das Tragische nur: Wir selber scheinen uns so daran gewöhnt zu haben, dass wir den Begriff – und alles was dahinter steht – nicht mehr voll zu schätzen wissen. Was mittelständische Unternehmen für den Standort und für die Gesellschaft bewirken, ist selbstverständlich geworden. Und das ist gefährlich.

Das führt mich zu einem letzten Punkt, nämlich der Akzeptanz. Die Politik tut zu wenig, um eine breite Akzeptanz des industriellen Mittelstands in Deutschland zu sichern oder gar zu stärken.

Natürlich gibt es etwa das Bündnis „Zukunft der Industrie“. Aber dennoch wird oft auf Unternehmer geschimpft und

Verantwortung bei „der Industrie“ abgeladen. „Industrie“ ist heute in der breiten Öffentlichkeit meist anonym, verantwortungslos, gesichtslos, kennzahlengetrieben, nur dem eigenen Profit verpflichtet. Dabei hat gerade die Industrie in Deutschland – viel mehr als in anderen Ländern – ein Gesicht. Das Gesicht des familiengeführten, industriellen Mittelstands.

**Mittelstand ist mehr** als beeindruckende Kennzahlen zu Beschäftigung, Umsatz und Steueraufkommen. Der Mittelstand ist mit nackten Zahlen in seiner Bedeutung gar nicht zu fassen. Er zeigt sich viel stärker ausgeprägt durch eine verantwortliche Haltung in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Mittelstand ist feste Verwurzelung und zukunftsfähige Tradition. Er ist Qualität und Erfolg. Mittelstand ist Standorttreue und Verantwortung. Und ich hoffe bald wieder lauter sagen zu können: Mittelstand ist Zukunft.

Ich wünsche mir, dass sich der besondere Wert des industriellen Mittelstands wieder stärker im Bewusstsein und Handeln aller politisch Verantwortlichen verankert. Sei es global in G 20. Sei es europäisch in Brüssel. Sei es national in Berlin, Düsseldorf oder Stuttgart. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. Heute Abend mit Blick auf die Energiepolitik. Für faire Wettbewerbsbedingungen – auch der energieintensiven Industrien – in Deutschland.



#### **Ansprechpartner**

**Dr. Hans-Toni Junius**

Vorsitzender der Geschäftsführung

**C.D. Wälzholz KG**

Feldmühlenstraße 55

58093 Hagen

Tel. 02331/ 964 2223

Fax 02331/ 964 4444

[www.waelzholz.com](http://www.waelzholz.com)

## **Zur Person**

*Dr.-Ing. Hans-Toni Junius, Jahrgang 1956, ist seit 2005 Vorsitzender der Geschäftsführung und seit 2012 persönlich haftender Gesellschafter der C.D. Wälzholz KG. Er führt das seit 1829 bestehende Familienunternehmen in der sechsten Generation. Er ist Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsverbandes Stahl- und Metallverarbeitung (WSM), Vorsitzender des Vorstands im Mittelstandsausschuss des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Vizepräsident der Südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen (SIHK). Er ist darüber hinaus Mitglied in diversen Beiräten.*

## Klimaschutzplan 2050

# Klimaschutzkonzept reloaded

Das Bundeskabinett hat am 14. November 2016 dem Klimaschutzplan (KSP) 2050 zugestimmt. Ein wesentlicher Inhalt ist die Verteilung der Treibhausgas-Minderungsziele auf die Sektoren, wie sie in der folgenden Tabelle dargestellt ist.

| Handlungsfeld     | 1990 (Basisjahr) | 2014 | 2030 in Mio. t | 2030 in % |
|-------------------|------------------|------|----------------|-----------|
| Summe             | 1.248            | 902  | 543 – 562      | 56 – 55   |
| Industrie         | 283              | 181  | 140 – 143      | 51 – 49   |
| Verkehr           | 163              | 160  | 95 – 98        | 42 – 40   |
| Landwirtschaft    | 88               | 72   | 58 – 61        | 34 – 31   |
| Energiewirtschaft | 466              | 358  | 175 – 183      | 62 – 61   |
| Gebäude           | 209              | 119  | 70 – 72        | 67 – 66   |
| Sonstige          | 39               | 12   | 5              | 87        |

Mit dem vorgelegten Klimaschutzplan werden also das bestehende deutsche Klimaschutzziel 2050 und die vereinbarten Zwischenziele nicht verändert, sondern im Lichte der Ergebnisse der Klimaschutzkonferenz von Paris konkretisiert und mit Maßnahmen unterlegt. Trotzdem wurde der Plan und insbesondere sein Entstehungsprozess bis zuletzt heftig diskutiert.

## Was bisher geschah

Im Koalitionsvertrag hatten sich die Regierungsparteien darauf verständigt, einen Klimaschutzplan zu erstellen. Damit hatten die Unionsparteien ein Klimaschutzgesetz abgewendet. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) wurde beauftragt, einen breiten Dialog der betroffenen Stakeholder zu initiieren und einen darauf abgestimmten Entwurf vorzulegen.

Die Industrie hatte kritisiert, dass dieser Dialog lediglich unter Einbeziehung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen erfolgt sei und dass eine wissenschaftliche Analyse der ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen fehle. Aufgrund dieser Kritik ist in den letzten Abstimmungsrunden mit Bundeswirtschaftsministerium sowie Bundeskanzleramt diese Analyse in den Plan aufgenommen worden. Außerdem ist jetzt eine Über-

prüfung der Chancen und Risiken für das Jahr 2018 vorgesehen. Zitat aus dem KSP 2050: „Auf der Grundlage des nunmehr vorliegenden Klimaschutzplans 2050 der Bundesregierung werden wir den Dialog mit den betroffenen Sektoren, Unternehmen, Beschäftigten und Gewerkschaften auf einer breiten wissenschaftlichen Basis fortsetzen und 2018 durch Wirkungsanalysen, Folgenabschätzungen, Identifizierung potentieller Chancen, Risiken und Unsicherheiten Handlungsoptionen und Anpassungsnotwendigkeiten ermitteln.“

**Mit diesen dringend notwendigen Ergänzungen** kann es in den nächsten Monaten durch gemeinsame Anstrengungen der industriellen Interessenvertretungen noch gelingen, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln, das das einseitige Primat der Klimaschutzpolitik aufweicht und ökonomische Ziele gleichberechtigt berücksichtigt.



### Ansprechpartner

#### Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Leiter Betriebswirtschaft  
Leiter Energie- und Klimapolitik

Tel.: 02331 / 95 88 21

E-Mail: hade@wsm-net.de

www.wsm-net.de

# Stahl – nur noch einen Klick entfernt.



**Stahl kaufen  
rund um die Uhr**

**Vollsortiment  
ab Lager**

**Lieferung  
wann und wohin  
Sie wollen**

**Bewährter  
Kundenservice**

**[shop.salzgitter-mannesmann-stahlhandel.de](http://shop.salzgitter-mannesmann-stahlhandel.de)**



**e-WORLD**

SYSTEME. SERVICE. STAHL. DIGITAL.



**SALZGITTER  
MANNESMANN  
STAHLHANDEL**

Ein Unternehmen der Salzgitter Gruppe

Im Interview

# Drei Fragen an Matthias Wissmann

Matthias Wissmann ist Präsident des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA)

**Herr Wissmann, nach dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwurf des Klimaschutzplans 2050 soll Mobilität ab dem Jahr 2050 weitgehend unabhängig von fossilen Kraftstoffen sein. Schafft die Automobilindustrie diese Umstellung?**

**Wissmann:** Bis dahin sind es noch 34 Jahre, eine so langfristige Prognose ist natürlich schwierig. Entscheidend ist vielmehr, dass die deutsche Automobilindustrie den Weg der CO<sub>2</sub>-Reduktion konsequent weitergeht. Vieles ist bereits erreicht worden. Die deutschen Konzernmarken haben den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkw-Neuzulassungen seit dem Jahr 2000 um 30 Prozent gesenkt. Und der Verbrennungsmotor hat noch weiteres CO<sub>2</sub>-Reduktionspotenzial, das wir bei 10 bis 15 Prozent veranschlagen. Allen Fachleuten ist jedoch auch klar, dass eine CO<sub>2</sub>-Neutralität allein mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren und fossilen Kraftstoffen nicht machbar sein wird.

Allerdings dürfen wir den technologischen Fortschritt nicht ausblenden, er könnte überraschende neue Wege öffnen. So sehen wir durchaus große Chancen durch synthetische Kraftstoffe („e-fuels“). Diese erdölunabhängigen e-fuels sind derzeit in der Entwicklung, noch gibt es keine Großserienproduktion, auch die Kosten sind noch hoch. Doch wenn diese Fragen gelöst werden, könnten wir eine CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität sicherstellen, weil e-fuels bei ihrer Produktion genau so viel CO<sub>2</sub> binden, wie sie bei ihrer Verbrennung wieder abgeben. Es wäre also verkehrt, jetzt schon das Ende des Verbrenners auszurufen.

Unabhängig davon geht der Trend eindeutig in Richtung Elektromobilität. Die deutschen Pkw-Hersteller und Zulieferer investieren hierfür hohe Summen. Und sie sind gut unterwegs: Bei der Elektromobilität zählen

die deutschen Hersteller weltweit zu den Leitانبietern. Derzeit sind bereits 30 Serienmodelle mit E-Antrieb im Angebot, in den nächsten Jahren kommen zahlreiche weitere Modelle hinzu. Die Reichweite steigt, die Batteriekosten sinken, tendenziell wird das E-Auto eines Tages mit dem herkömmlichen Verbrenner auch auf der Preisseite konkurrieren.

**Bereits 2030 sollen die Treibhausgase im Straßenverkehr signifikant reduziert sein. Wird sich in 14 Jahren das Elektromobil durchgesetzt haben?**

**Wissmann:** Noch vor nicht allzu langer Zeit gingen Experten davon aus, dass im Jahr 2025 etwa drei Prozent der Pkw-Neuzulassungen in Europa einen E-Antrieb haben werden. Diese Perspektive hat sich geändert: Heute rechnen unsere Mitgliedsunternehmen damit, dass im Jahr 2025 etwa 15 bis 25 Prozent der Pkw-Neuzulassungen E-Autos sein werden. Das ist eine enorme Aufgabe. Andererseits heißt das: Ein Großteil der Fahrzeuge wird auch dann noch einen Verbrennungsmotor aufweisen. Für das Jahr 2030 rechne ich mit einem Mix an Antriebsarten – rein batterie-elektrisch, Plug-in-Hybrid, Verbrennungsmotor. Viel wird davon abhängen, wie rasch sich die Ladeinfrastruktur entwickelt. Da Elektrofahrzeuge tendenziell günstiger werden, dürfte ihr Anteil an den Neuzulassungen auch nach dem Jahr 2025 weiter steigen.

Allerdings ist auch klar, dass das im Klimaschutzplan enthaltene Sektorenziel für den Verkehr sehr ambitioniert ist – es beinhaltet eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um 39 Prozent gegenüber dem aktuellen Stand bis zum Jahr 2030. Sicher, darin sind alle Verkehrsträger ent-



Foto: Freepik.com



Foto: Fotolia.de / Jürgen Fälschle

halten. Doch die Hauptlast wird wohl das Automobil leisten müssen. Die Politik ist gut beraten, hier mit Augenmaß vorzugehen.

**Die Fahrzeugkomponenten Motor und Antrieb werden von den Veränderungen wohl am stärksten betroffen sein. Zum Beispiel wird es Getriebe in der heutigen Form im Elektroauto nicht mehr geben. Was ist heute Ihr Rat an die Zulieferer der Automobilindustrie?**

**Wissmann:** Die Zulieferer haben heute einen Anteil von 75 Prozent an der Wertschöpfung eines Automobils.

Ein erheblicher Anteil davon entfällt auf den Antriebsstrang. Auf die Zulieferer kommt unter Umständen noch deutlich mehr Arbeit zu: Denn bei einem Plug-in-Hybrid müssen ja gleich zwei Antriebstechnologien ins Auto integriert werden – der Verbrennungsmotor und der E-Antrieb. Nicht nur die Hersteller, auch viele Zulieferer investieren sowohl in die Elektromobilität als auch in die Digitalisierung. Die deutsche Automobilindustrie hat das klare Ziel, gerade auch auf diesen Innovationsfeldern im „driver’s seat“ zu sein.

**Wir danken Ihnen für das Gespräch.**



## Zur Person

**Matthias Wissmann**, geboren 1949 in Ludwigsburg, studierte Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Politik in Tübingen und Bonn. Er war 1993 Bundesminister für Forschung und Technologie und von 1993 bis 1998 Bundesminister für Verkehr. Von 1976 bis 2007 war er Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Seit Juni 2007 ist Wissmann Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) und seit November 2007 Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Seit Oktober 2016 ist Wissmann zudem Präsident des Weltautomobilverbandes OICA (Organisation Internationale des Constructeurs d’Automobiles; International Organization of Motor Vehicle Manufacturers).

Foto (Hintergrund): Freepik.com

## EEG-Umlage

# Wie geht es weiter?

*Die steigenden Stromnebenkosten belasten vor allem Mittelständler zunehmend, zumal die Abgabenbelastung nicht mittels Effizienzsteigerung ausreichend kompensiert werden kann. Ein gerechteres Finanzierungsmodell aus dem Steuerhaushalt muss dringend her.*

Schon 2017 stellen steigende Stromnebenkosten eine zunehmend existenzbedrohende Herausforderung dar: Der neuerliche Anstieg der EEG-Umlage auf 6,88 Cent je Kilowattstunde Strom wird verstärkt durch ebenfalls deutlich steigende Netzentgelte (plus 12 bis 15 Prozent), und auch die Höhe der KWK-Umlage vervierfacht sich aufgrund der Gesetzesnovellierung.

Für die kommenden Jahre prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (iw), dass die EEG-Umlage sogar noch stärker steigen wird als von der Bundesregierung errechnet: Sie dürfte 2020 bis zu 9,7 Cent betragen. Angesichts des noch bevorstehenden Netzausbaus ist auch bei den Netzentgelten eine anhaltende Verteuerung zu erwarten und dadurch ein zusätzlicher Anstieg der Stromkosten.





Foto: Pixabay.de / Unsplash

Insbesondere für international konkurrierende Mittelständler aus energieintensiven Branchen führt dies zu Stromkosten, die ihre Wirtschaftskraft übersteigen. Bewahrheitet sich die Prognose, so wäre dies allein in unserem Kundenkreis mit mehr als 2000 Adressen das Aus für einige Dutzend Betriebe. Denn energieintensive Mittelständler sind ganz klar die Leidtragenden der Energiewende. Besonders belastet sind Unternehmen, bei denen der Anteil der Stromkosten an der Bruttowertschöpfung etwas weniger als 17 Prozent beträgt: Sie können sich trotz ihres hohen Stromverbrauchs nicht von der EEG-Umlage befreien lassen (besondere Ausgleichsregelung gemäß §§ 63 ff. EEG 2014). In der Regel handelt es sich bei diesen Betrieben um mittelständisch geprägte Betriebe mit 100 bis 500 Mitarbeitern, etwa aus den Bereichen Metallveredelung, Metallumformung, Galvanisierung oder auch Automobilzulieferer. Das ist in mehrfacher Hinsicht unfair: Zusammen mit den Privathaushalten schultern sie nicht nur die Lasten der Ökostromförderung, sondern finanzieren auch die Ausnahmeregelungen.

### Die Bedrohung in Zahlen

EEG-Umlage und Netzentgelte machen derzeit zusammen drei Fünftel des Strompreises aus. Ein typischer energieintensiver Mittelständler mit einem jährlichen Strom-

verbrauch von rund zehn Millionen Kilowattstunden muss aktuell rund 350.000 Euro für den reinen Energiepreis bezahlen. Hinzu kommen jedoch EEG-Umlage und Netzentgelte in Höhe von 850.000 Euro. 2017 wird dieser Betrag um 11% auf rund 950.000 Euro steigen. Die Kosten für die KWK-Umlage werden sich voraussichtlich von bisher rund 10.000 Euro auf dann rund 40.000 Euro erhöhen. Legt man die Prognosen des iw zugrunde, würden die Kosten für EEG-Umlage und Netzentgelte im Jahr 2020 gar bei 1,3 Millionen Euro liegen – das wäre dann ungefähr das Vierfache dessen, was das Unternehmen für den reinen Strom bezahlt.

Aus unserer Sicht wird die Energiewende deswegen nur gelingen, wenn wir schnell ein Finanzierungsmodell entwickeln, das die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhält und die Lasten endlich gerecht verteilt. Umlagen, mit denen die Energiewende finanziert werden soll, müssen folglich durch eine Finanzierung aus Steuermitteln ersetzt werden. Zu diesem Haushalt tragen alle Verbraucher bereits angemessen über die existierenden Ertragssteuern bei.

Und was können betroffene Unternehmen tun, außer stetig bei der Politik Veränderungen anzumahnen? Betriebe sollten jede Möglichkeit nutzen, durch intelligentes Energiemanagement und Effizienzmaßnahmen ihre Beschaffungskosten und Verbräuche soweit zu reduzieren, dass sie die steigende Abgabenbelastung wenigstens teilweise ausgleichen können. Der mittel- und langfristige Nutzen rechtfertigt den hierfür erforderlichen Aufwand in jedem Fall. Mithilfe von Energieaudits, Teilnahme an Energieeffizienznetzwerken, Beschaffung über Einkaufsringe oder gegebenenfalls sogar Eigenstromerzeugung ist aus unserer Erfahrung binnen drei Jahren eine Ersparnis von rund fünf Prozent zu erzielen.

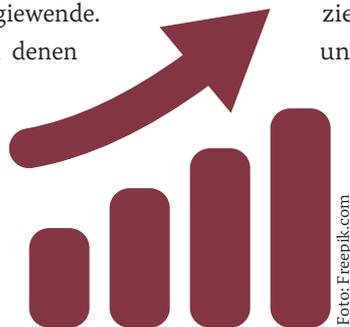


Foto: Freepik.com

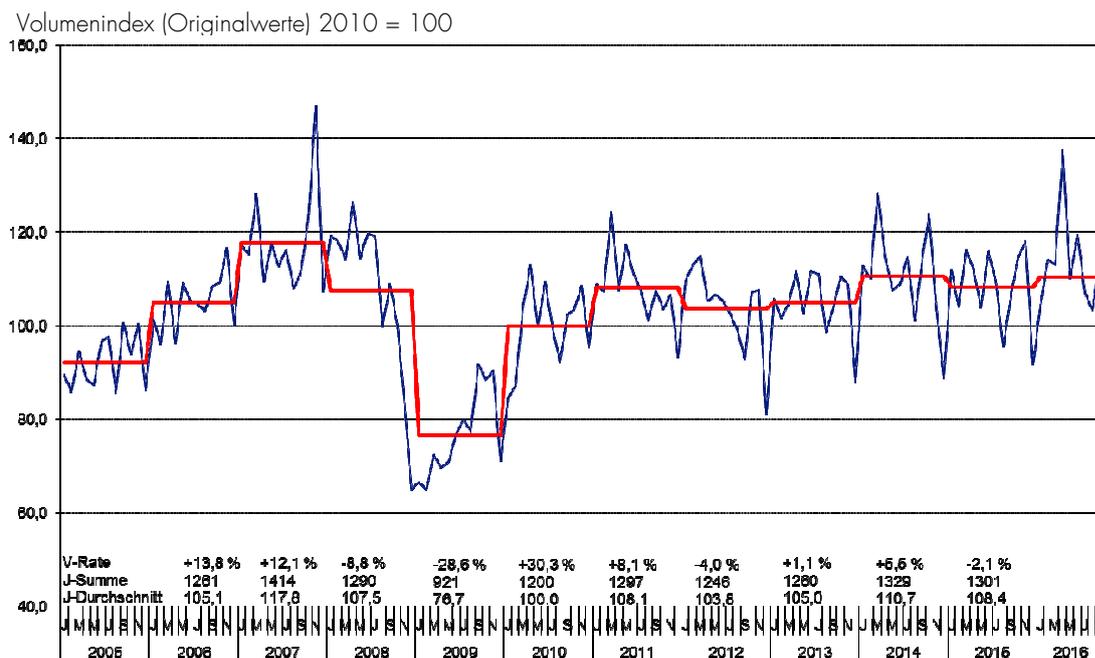


**Ansprechpartner**  
**Dr. Jürgen Joseph**  
**ECG Energie Consulting GmbH**  
Wilhelm-Leonhard-Straße 10  
77694 Kehl-Goldscheuer  
Tel. 07854/9875-0  
E-Mail: info@ecg-kehl.de

WSM-Konjunktur

# Auf einen Blick

## Auftragseingangsentwicklung in der Stahl- und Metallverarbeitung in Deutschland von Januar 2005 bis September 2016



## Umsatzentwicklung in der Stahl- und Metallverarbeitung in Deutschland von Januar 2005 bis September 2016

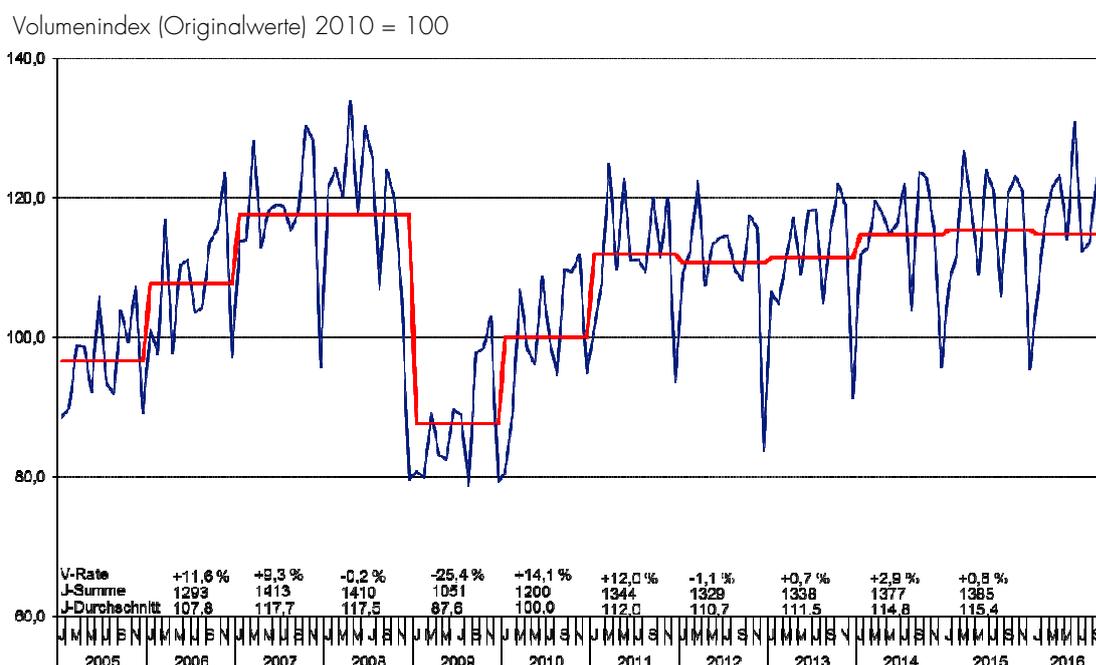




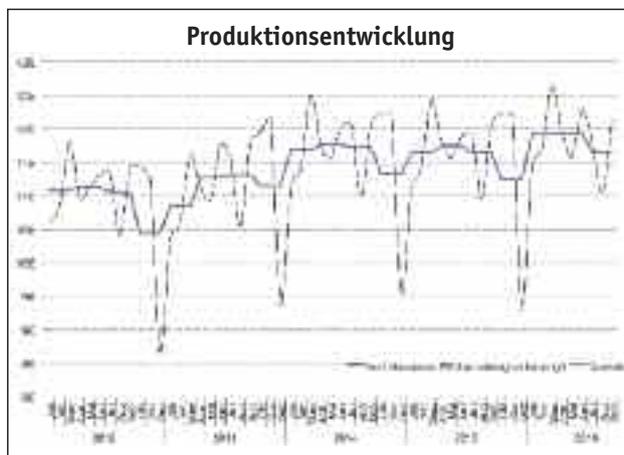
Foto: Pixabay.de / TiBine

WSM-Konjunktur

## Produktion nach drei Quartalen mit 1,4 Prozent im Plus

*Die Nachfrage aus dem Inland trägt maßgeblich zur insgesamt positiven Entwicklung bei. Das Geschäftsklima hat sich im Oktober weiter verbessert.*

Die Produktion der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie liegt nach drei Quartalen des Jahres 2016 um 1,4 Prozent über dem Vorjahresniveau. Das Wachstum resultiert aus dem ersten Halbjahr, das 2 Prozent über dem Vorjahreszeitraum lag. Im dritten Quartal liegt die Produktion nahezu exakt auf dem Vorjahresniveau (+0,1%). Im Jahresverlauf zeigten sich das erste und das zweite Quartal stabil auf gleichem Output-Niveau, während im dritten Quartal ein Rückgang um 2,3% zum Vorquartal zu verzeichnen war.



Die Exporte bleiben noch um 0,7% hinter dem Vorjahresniveau zurück, wobei zuletzt eine Belebung erkennbar war.

Im September wurden 3,5% mehr Waren ins Ausland geliefert als im letzten Jahr. Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland haben sich stabilisiert. Sie lagen im dritten Quartal 4,9% über dem Vorjahr und damit im Jahresverlauf inzwischen wieder auf dem Vorjahresniveau (-0,1%). Die Inlandlieferungen liegen nach drei Quartalen um 1,4% im Plus, der inländische Auftragseingang sogar um 4,6%. Die Beschäftigtenzahl in den Betrieben mit 50 oder mehr Mitarbeitern lag im August bei 358.550 und damit 1,2% höher als im Vorjahr.

Das Geschäftsklima in der Stahl und Metall verarbeitenden Industrie hat sich im Oktober weiter verbessert. Die Erwartungen für die Geschäftsentwicklung in den nächsten sechs Monaten haben ihren Aufwärtstrend fortgesetzt und verzeichnen ein Plus um 4,7 Saldenpunkte. Zudem wird die aktuelle Geschäftslage um 6 Punkte besser bewertet als im Vormonat. Die Branche liegt damit im Oktober auf dem Trend des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland.



|                          | Produktion   |              | Umsatz (Vol.) * |              |              | Auftragseingang (Vol.) * |              |              |
|--------------------------|--------------|--------------|-----------------|--------------|--------------|--------------------------|--------------|--------------|
|                          | original     | berein. *    | gesamt          | Inland       | Ausland      | gesamt                   | Inland       | Ausland      |
| September 15/16          | + 0,6        | + 0,6        | + 1,8           | + 0,9        | + 3,5        | + 4,9                    | + 2,8        | + 8,7        |
| QII /QIII 16             | - 5,0        | - 2,3        | - 2,5           | - 0,7        | - 6,0        | - 9,8                    | - 12,0       | - 4,8        |
| QIII 15/QIII 16          | - 0,3        | + 0,1        | + 0,9           | + 1,3        | + 0,2        | + 2,7                    | + 1,9        | + 4,9        |
| <b>Jan. - Sep. 15/16</b> | <b>+ 2,1</b> | <b>+ 1,4</b> | <b>+ 0,9</b>    | <b>+ 1,8</b> | <b>- 0,7</b> | <b>+ 2,8</b>             | <b>+ 4,6</b> | <b>- 0,1</b> |
| Jan. - Dez 14/15         | + 1,2        | + 0,5        | + 1,0           | + 1,1        | + 0,8        | - 1,5                    | + 0,0        | - 3,3        |

\*arbeitstäglich bereinigt, Veränderungsraten in Prozent

Für das Gesamtjahr 2016 scheint die Prognose von +1% aufgrund der Abschwächung im zweiten Halbjahr weiterhin realistisch zu bleiben. Der Ausblick auf das Jahr 2017 fällt vorsichtig optimistisch aus, derzeit wird erneut ein Wachstum der Produktion um 1% erwartet.

**Vor dem Hintergrund des moderaten Wachstums** in der Stahl- und Metallverarbeitung sowie in weiten Teilen der deutschen Industrie gilt es, weitere Verunsicherung der Unternehmen zu vermeiden – soweit das der Politik möglich ist. Die Entscheidungen der britischen und amerikanischen Bevölkerung sind zu akzeptieren. Dennoch muss auch vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen weiterhin der freie Welthandel im Zentrum der europäischen Wirtschaftspolitik stehen. TTIP muss zielgerichtet weiter verhandelt und zügig zu einem Abschluss gebracht werden. Ebenso muss verhindert werden, dass nationale Politik Investoren abschreckt. Industriepolitik muss endlich gleichberechtigt neben den Interessen der Energie-, Umwelt- und Klimapolitik stehen. Insofern ist zu begrüßen, dass Wirtschaftsminister Gabriel den übereilt entwickelten Klimaschutzplan 2050 in letzter Sekunde gestoppt hat. Klimapolitik muss sämtliche Auswirkungen von Maßnahmen analysieren und berücksichtigen, nicht allein die Entwicklung der Treibhausgasemissionen.

STEP up

## BMWi fördert Energieeffizienz

Energiekosten machen in vielen Stahl und Metall verarbeitenden Betrieben einen bedeutenden Anteil der Produktionskosten aus und stellen somit einen zentralen Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich dar. Gleichzeitig sind die Effizienzpotenziale vielerorts enorm, und insbesonde-

re angesichts steigender Stromabgaben gewinnen Investitionen in Effizienzmaßnahmen zunehmend an Attraktivität. Dennoch bleiben manche Potenziale noch immer ungenutzt.

### Mit dem wettbewerblich organisierten Förderprogramm

„STEP up!“ (StromEffizienzPotentiale nutzen!) hat sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie daher zum Ziel gesetzt, die Umsetzung von Stromeffizienzmaßnahmen technologie- und sektoroffen zu fördern. In zwei Ausschreibungsrunden pro Jahr können Unternehmen aller Branchen Effizienzprojekte zur Förderung einreichen ([www.stepup-energieeffizienz.de](http://www.stepup-energieeffizienz.de)). Für die Pilotphase von STEP up! stehen bis Ende 2018 insgesamt 300 Millionen Euro Fördermittel zur Verfügung.

#### Ansprechpartner

Dipl.-Kaufmann Holger Ade

Tel.: 02331 / 95 88 21

E-Mail: [hade@wsm-net.de](mailto:hade@wsm-net.de)

[www.wsm-net.de](http://www.wsm-net.de)

Stahlmarkt

## Rohstoffkosten steigen – Stahl wird teurer

*Seit Jahren ist es ein bekanntes Muster, dass die Stahlpreise am Jahresende verbreitet sinken. In diesem Jahr wird es anders sein. Stahl wird in den kommenden Wochen teurer werden.*

Verantwortlich für den zu erwartenden Kostenschub sind in erster Linie steigende Rohstoffpreise. Damit wird die Herstellung von Stahl teurer. Das Ausmaß der Verteuerung hängt von der Erzeugungsrouten ab. Wenigstens ein Teil der Mehrkosten wird von den Stahlverbrauchern zu tragen sein. Die äußerst dynamische Entwicklung ist ein großer Unsicherheitsfaktor entlang der gesamten Wertschöpfungskette Stahl.

**Die Akteure am Stahlmarkt** reiben sich die Augen: Auf der Rohstoffseite hat sich eine Aufwärtsdynamik aufgebaut, die man in derselben Dauer und Kraft zuletzt am Jahresanfang 2011 gesehen hat. Wie damals sind die Kokskohlepreise der größte Kostentreiber. Aber der wichtigste Grund dafür ist nicht wie seinerzeit Überschwemmungen in Australien, sondern behördliche Vorgaben und eine



Foto: Pixelio.de / Klaus-Uwe Gerhardt

daraus resultierende Angebotsknappheit in China. Der Leitpreis für global gehandelte hochwertige Koks-kohle ist von unter 100 Dollar je Tonne zur Jahresmitte auf zuletzt mehr als 300 Dollar/Tonne fob Australien gestiegen und hat damit ein Fünf-Jahres-Hoch erreicht.

Anders als von manchen Experten erwartet, scheinen die rapide steigenden Koks-kohlepreise nicht zulasten der übrigen für die Stahlerzeugung wichtigen Rohstoffe zu gehen, sondern diese im Gegenteil mit nach oben zu nehmen – wenn auch nicht mit derselben Wucht. Der Referenzpreis für Feinerz hat im November die Marke von 70 Dollar/Tonne überschritten und notiert auf dem höchsten Stand seit Januar 2015. Das in den vergangenen Monaten recht stabile Preisband zwischen 50 und 60 Dollar/Tonne ist damit erst einmal Geschichte. Die am Markt vorherrschenden Prognosen wurden von der Realität überholt, und das nicht zum ersten Mal. Auch die internationalen Schrottpreise zeigen seit Anfang Oktober einen deutlichen Aufwärtstrend. Nachdem am deutschen Schrottmarkt die Preise bis in den Oktober hinein noch gefallen waren, wurde im November über große Preissprünge berichtet.

**Die höheren Spotmarktpreise der Rohstoffe** dürften je nach Beständen, Bezugswegen und Lieferquellen in unterschiedlicher Höhe und zu unterschiedlichen Zeitpunkten bei den einzelnen Stahlwerken ankommen. Aber die kräftige Verteuerung kommt, und sie trifft alle Stahlerzeuger der Welt. Die Stahlerzeugung via Hochofenroute unter Einsatz von Koks und Eisenerz, über die in Deutschland vor allem Flachstahl hergestellt wird, ist bisher schneller und stärker betroffen als die Stahlerzeugung im Elektro-Ofen. In welchem Ausmaß die Schrottpreise in den kommenden Wochen nachziehen, muss abgewartet werden. Jedenfalls sind die Erzeugungskosten bei allen Verfahrensvarianten und Erzeugnissen kräftig gestiegen.

### Unsicherheit für die Stahlpreisvereinbarungen 2017

Die äußerst dynamische Entwicklung der Rohstoffkosten bringt viel Unsicherheit für die anstehenden Stahlpreisvereinbarungen für das Jahr 2017 mit sich. Niemand kann sagen, wie lange die Welle noch anhält und welche Höhe sie erreichen wird. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, dass in den meisten Fällen auf einen steilen Anstieg ein

ebenso steiler Absturz folgt. Spekulative Elemente, verstärkt durch die große Bedeutung der Rohstoffbörsen in China, und Lagereffekte spielen dabei eine große Rolle. Auf dieser wackligen Basis sind Stahlpreisvereinbarungen über längere Laufzeiten kaum zu treffen, ohne erhebliche Risiken einzugehen. Dies gilt umso mehr, als in der verarbeitenden Industrie auch kundenseitig Preisfestlegungen einzugehen sind. Klaffen diese bei der Laufzeit in Einkauf und Verkauf auseinander, dann potenzieren sich die unternehmerischen Risiken.

Zweifellos wird Stahl quer durch die verschiedenen Erzeugnisse in den kommenden Wochen teurer. Flachstahl kann, je nach preislicher Ausgangsbasis, sogar sehr viel teurer werden. Die Akteure entlang der Wertschöpfungskette Stahl, die sich in den vergangenen Jahren an jährlich sinkende Stahlpreise gewöhnt hatten, müssen sich neu orientieren. Noch offen ist, in welchem Umfang es den Stahlherstellern gelingen wird, die höheren Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Aktuell scheint die Stahlnachfrage insgesamt nicht stark genug, als dass eine vollständige Überwälzung problemlos möglich wäre. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Bild in den kommenden Wochen durch einen einsetzenden Bestandsaufbau ändern wird. Dieser war in Phasen starker Kostenveränderungen in der Vergangenheit häufig zu beobachten, und es hat sich dabei gezeigt, dass Lagereffekte die Stahlmarktentwicklung wesentlich beeinflussen können. Ob es auch dieses Mal so kommt, hängt vor allem davon ab, wie die Marktteilnehmer die Nachhaltigkeit der jüngsten Aufwärtsbewegung einschätzen. (Stand 21.11.2016)



**Ansprechpartner**  
**Andreas Schneider**  
**Stahlmarkt,**  
**Europäische Stahlpolitik**  
 Schleiermacherstraße 7  
 51377 Leverkusen  
 Tel. 0214/312 281 64  
 a.schneider@stahlmarkt-consult.de



Umwelt und Arbeitsschutz

## Neue Regelungen und Anforderungen in Sicht

*Themen des Umwelt- und Arbeitsschutzes werden auch im kommenden Jahr für die Branche der Stahl- und Metallverarbeitung von großer Bedeutung sein. Es gilt, neue Regelungen und die damit verbundenen Anforderungen in die Praxis umzusetzen. Im Folgenden ein Ausblick auf vier wichtige Themen des Jahres 2017.*

### 42. BImSchV

Die geplante „Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider (42. BImSchV)“ wird Betreiber von relevanten Anlagen vor große Herausforderungen stellen. Nach dem derzeitigen Stand der Diskussionen

- ▶ fallen alle Anlagen in den Anwendungsbereich, in denen Wasser verrieselt oder versprüht wird oder anderweitig in Kontakt mit der Atmosphäre kommen kann,
- ▶ sind Verpflichtungen in puncto Errichtung, Beschaffenheit und Betrieb von Anlagen vorgesehen und
- ▶ sind Anzeige- und Meldepflichten sowie externe und interne Anlagenüberwachungen zu berücksichtigen.

Die 42. BImSchV wird spätestens Anfang 2017 veröffentlicht werden und einen Monat nach Verkündung in Kraft treten.

### TRGS Metalle

Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) konkretisieren unter anderem Anforderungen der Gefahrstoffverordnung (siehe WSM Nachrichten 4-2015, Seite 23). Bei

Anwendung und Einhaltung dieser Regeln kann der Arbeitgeber davon ausgehen, dass die entsprechenden Anforderungen erfüllt sind. Die derzeit im Abstimmungsprozess befindliche TRGS 561 „Tätigkeiten mit krebserzeugenden Metallen und ihren Verbindungen“ (kurz „TRGS Metalle“) ist für die Branche der Stahl- und Metallverarbeitung von höchster Bedeutung. Sie soll für Tätigkeiten gelten, bei denen durch eine Exposition gegenüber krebserzeugenden Metallen und ihren anorganischen Verbindungen ein hohes Risiko auftreten kann. Das heißt, es sind grundsätzlich alle Bereiche betroffen, in denen Metallstäube entstehen könnten.

Schon jetzt hat der deutsche Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) für eine Reihe von Metallen wie zum Beispiel Beryllium und Kobalt verschärfte Grenzwerte beschlossen. Es ist geplant, diese Grenzwerte nicht unkommentiert zu veröffentlichen, sondern diese zusammen mit einem Maßnahmenkonzept zur Einhaltung der Grenzwerte bekannt zu machen. Dieses Maßnahmenkonzept soll mit der TRGS Metalle zur Verfügung gestellt werden, indem

- ▶ allgemeine Hinweisen zu Gefährdungen bei Tätigkeiten mit krebserzeugenden Metallen,
- ▶ messtechnische sowie stoffspezifische Informationen und Hinweise,
- ▶ branchenübergreifende Schutzmaßnahmen und
- ▶ besondere Schutzmaßnahmen für verschiedene Bereiche gegeben beziehungsweise erläutert werden.

Nach derzeitiger Kenntnislage wird der AGS frühestens im Mai 2017 über die TRGS Metalle entscheiden. Mitte 2017 würde es demnach zur Veröffentlichung kommen.

## AwSV

Im Bereich des anlagenbezogenen Gewässerschutzes wird seit geraumer Zeit die bundeseinheitliche Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) diskutiert.

Ein im März dieses Jahres veröffentlichter Verordnungsentwurf gibt einen Eindruck darüber, welche Anforderungen mit einer einheitlichen AwSV einhergehen könnten. So sieht dieser Entwurf vor, dass alle Stoffe und Gemische (zum Beispiel Hilfs- und Betriebsstoffe), mit denen in der jeweiligen Anlage umgegangen wird, vom Betreiber als nicht wassergefährdend oder in eine von drei Wassergefährdungsklassen (WGK) einzustufen sind. Diese Verpflichtung entfällt, falls die besagte Einstufung bereits vorliegt und veröffentlicht wurde. Auf dieser Grundlage hat der Betreiber seine Anlage in eine der Gefährdungsstufen A bis D einzuordnen. Die WGK und die vorgenannten Stufen führen zu spezifischen Verpflichtungen. Der Verordnungsentwurf sieht außerdem vor, oberirdische Anlagen bis 0,22 m<sup>3</sup> (flüssige Stoffe) beziehungsweise 0,2 Tonnen (gasförmige und feste Stoffe) unter bestimmten Bedingungen vom Anwendungsbe- reich auszunehmen.

Momentan sieht es so aus, dass die AwSV gegen Ende des ersten Quartals 2017 im Bundeskabinett beschlossen und bis zum 1. April oder 1. Mai 2017 verkündet werden und somit in Kraft treten könnte.

## TA Luft

Die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) wird derzeit komplett überarbeitet (siehe WSM Nachrichten 3-2016, Seite 26 f.). Mit der Veröffentlichung der überarbeiteten TA Luft ist noch vor der Bundestagswahl 2017 zu rechnen.



**Ansprechpartner**  
**Andre Koring**  
 Leiter Umwelt und Arbeitsschutz  
**WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.**  
 Uerdinger Str. 58-62  
 40474 Düsseldorf  
 Tel. 0211/95 78 68 30  
 akoring@wsm-net.de  
 www.wsm-net.de

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

WSM Wirtschaftsverband  
 Stahl- und Metallverarbeitung e.V.  
 Uerdinger Str. 58-62  
 40474 Düsseldorf  
 Telefon: +49 (0)211 – 95 78 68 22  
 Telefax: +49 (0)211 – 95 78 68 40  
 E-Mail: info@wsm-net.de  
 Internet: www.wsm-net.de  
 Hauptgeschäftsführer: Christian Vietmeyer

### Verlag und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)  
 Egermannstraße 2  
 53359 Rheinbach  
 Telefon: +49 (0)2226/802-0  
 Telefax: + 49 (0)2226-802-111  
 E-Mail: verlag@ubgnet.de  
 HRB 10605 AG Bonn  
 Geschäftsführer: Rudolf Ley

### Redaktion:

Christian Vietmeyer (WSM/V.i.S.d.P.)  
 Christine Demmer (UBG)

### Projektleitung (UBG):

Andreas Oberholz  
 Telefon: +49 (0)2226-802-213  
 E-Mail: verlag@ubgnet.de

### Anzeigenverwaltung:

Elke Linstaedt (UBG)  
 Telefon: +49 (0)2226-802-213  
 Telefax: +49 (0)2226-802-222  
 E-Mail: elke.linstaedt@ubgnet.de

Titelfoto: Fotolia.de / Konstantin Hermann

Die WSM Nachrichten werden vier Mal jährlich herausgegeben.  
 Mitgliedsunternehmen erhalten sie kostenlos im Rahmen ihrer Mitgliedschaft.

### Urheberrechte:

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Herausgebers nicht erlaubt.

© WSM 2016

## Metallindustrie 2017

# Stabiler Ausblick trotz zunehmender Risiken

„Alle Jahre wieder“ – ein Vers, der zu dieser Jahreszeit auch für Volkswirte von Bedeutung ist. Denn am Ende eines jeden Jahres stehen diese vor der Herausforderung, eine Konjunktüreinschätzung für das kommende Jahr abzugeben. Es ist hin und wieder auch eine Zeit der Demut, wenn die Erwartungen des Vorjahres deutlich von den eingetretenen Entwicklungen abweichen. So passierte es 2016. Während sich manche Befürchtungen, wie ein Konjunktüreintritt in China, nicht realisiert haben, gab es unerwartete Entwicklungen, wie die Entscheidung der Briten für einen Austritt aus der EU im Juni dieses Jahres oder der Wahlsieg von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA. Es bleibt weiterhin schwierig, die Implikationen dieser Ergebnisse treffsicher zu deuten. Das erhöht die Prognoseunsicherheit.



Foto: Freepik.com / Pressfoto

2016 ist für die Metallindustrie ein durchwachsendes Jahr gewesen. Während das verarbeitende Gewerbe in Deutschland insgesamt ein Wachstum von rund 1 Prozent zu verzeichnen hat, muss die Stahl- und Metallverarbeitung mit einem Produktionsrückgang von 1% rechnen, wohingegen die Herstellung von Metallerzeugnissen um fast 2% zulegen hat.

Im Jahr 2016 wuchs das Welt-Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,9%, das niedrigste Wachstum seit 2009. Für 2017 wird, wie schon in den vorigen Jahren, von einer – wenn auch risikobehafteten – Erholung ausgegangen. Sie soll zu einem Wachstum von rund 3,4% führen. Diese Prognose basiert allerdings auf einer weiteren konjunkturellen Belebung der USA. Der Wahlsieg von Trump hat an diesem Bild grundsätzlich nichts geändert. Zwar könnte die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen

mit den USA die Investitionen weltweit belasten; doch wie die Brexit-Entscheidung gezeigt hat, dürften Vermutungen und Spekulationen alleine nicht ausreichen, um Finanzmärkte und Realwirtschaft stark zu beeinflussen. Zudem sollte die Umsetzung einiger Wahlversprechen Trumps auch zu positiven Wachstumsimpulsen führen, zumindest für die USA.

**Für die Weltkonjunktur** ist jedoch der chinesische Ausblick bedeutender, und dieser scheint weiterhin relativ stabil zu sein. Für die Euro-Zone geben die kurzfristigen Konjunkturperspektiven durchaus Anlass zu Optimismus, und auch die Aussichten für die Schwellenländer sollten sich dank erholender Rohstoffpreise stabilisieren. Andererseits hat sich aufgrund möglicher Veränderungen in den US-Handelsbeziehungen das mittelfristige Prognoserisiko für die Weltwirtschaft und einzelne Länder erhöht.

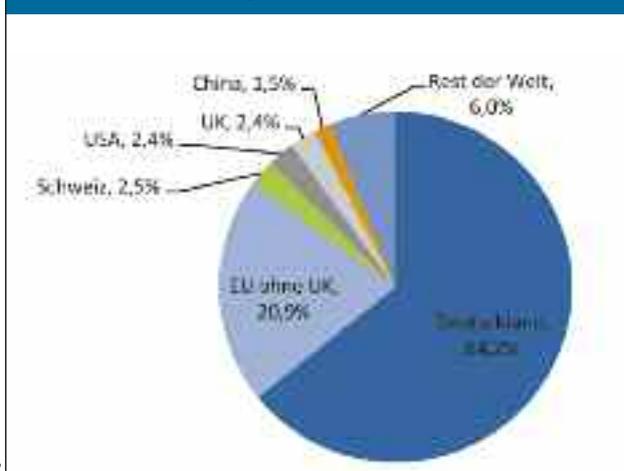
Die USA haben mit einem eher enttäuschenden BIP-Wachstum von rund 1,6% im Jahr 2016 nur geschätzte 0,3 Prozentpunkte zum Wachstum der Weltwirtschaft beigetragen, während ihr Beitrag in den vorigen Jahren immer bei rund 0,4 Prozentpunkten lag. Die meisten Volkswirte erwarten für das nächste Jahr ein Wachstum des US-BIP von 2%. Die Euro-Zone hingegen hat 2016 ihren Beitrag zum Weltwachstum von rund 0,2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr gehalten. Aufgrund seines Wachstums sowie seines weltwirtschaftlichen Gewichts bleibt China mit einem Beitrag von rund 1,2 Prozentpunkten mit Abstand wichtigster Träger des globalen Wachstums.

Die deutsche Wirtschaft zeigt weiterhin eine robuste und stabile, wenn auch wenig dynamische Konjunktur. Stabile Exportzahlen und ein nachhaltig solider privater Konsum stützen den Ausblick. Die aktuelle Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen ist jedoch enttäuschend, im dritten Quartal 2016 waren sie sogar rückläufig. Eine möglicherweise wieder aufkommende Unsicherheit bezüglich des mittelfristigen Konjunkturverlaufs der Euro-Zone belastet das Unternehmerv Vertrauen ebenso wie die unklaren Perspektiven der industrialisierten Länder. Zusammen sorgen sie für geringe Investitionsbereitschaft.

### Brexit und die neue US-Führung drücken auf die Stimmung

Die Diskussion um Ausgestaltung und Zeitpunkt des Brexits könnte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im kommenden Jahr zusätzlich belasten. Auch Trumps Vorbehalte gegen weitere Handelsabkommen sorgen für schlechte Stimmung. Allerdings ist hier zwischen Wahlpolitik und Realpolitik zu unterscheiden. Während die meisten Prognostiker mit einem relativ robusten BIP-Wachstum in der Euro-Zone rechnen (2017: 1,3%, 2016: 1,5%), wird für Deutschland von einer leichten Wachstumsdelle im kommenden Jahr ausgegangen (1,3% Wachstum), bei trotz Brexit und möglicher unerwarteter Entwicklungen in den USA ausgeglichener Prognoserisiko.

Abbildung 1: Aufteilung des Umsatzes der deutschen Metallindustrie nach Weltregionen.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 1 gibt die erwarteten und auf ihrem Umsatzanteil basierenden Wachstumsbeiträge der wichtigsten Länder für die deutsche Metallindustrie wieder. Aufgrund des hohen Umsatzanteils Deutschlands zeigt die für die deutsche Metallindustrie relevante Weltwirtschaft insgesamt ein deutlich niedrigeres Wachstum als die ei-

|   | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
|---|------|------|------|------|------|
| Voll-BIP-Wachstum (% zum Vorjahr)   | 3,3  | 2,4  | 2,0  | 2,0  | 1,4  |
| BIP-Wachstum Deutschland (% zum Vorjahr)  | 0,6  | 1,2  | 1,5  | 1,8  | 1,4  |
| Konjunkturelle Wachstumsbeiträge der Länder/Regionen für die deutsche Metallindustrie in Prozentpunkten |      |      |      |      |      |
| Deutschland   | 0,4  | 1,0  | 1,0  | 1,2  | 0,8  |
| EU ohne UK  | -0,1 | 0,2  | 0,3  | 0,4  | 0,4  |
| Schweiz   | 0,0  | 0,1  | 0,0  | 0,0  | 0,0  |
| USA   | 0,0  | 0,1  | 0,1  | 0,0  | 0,1  |
| UK  | 0,0  | 0,1  | 0,1  | 0,0  | 0,0  |
| China   | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1  | 0,1  |
| Summe (Platz zum Vorjahr)   | 0,6  | 1,7  | 1,9  | 1,9  | 1,8  |

Quelle: Statistisches Bundesamt, IKB-Berechnungen

gentliche Weltwirtschaft. Die obige Tabelle zeigt aber auch, dass sich die Wachstumsaussichten seit 2013 grundsätzlich verbessert haben. Für das Jahr 2017 ist allerdings vor allem wegen der etwas schwächeren Wirtschaftsdynamik Deutschlands mit einer moderaten Verlangsamung des Umsatzwachstums der deutschen Metallindustrie zu rechnen. Aufgrund des hohen Gewichts des deutschen Marktes ist es unwahrscheinlich, dass die anderen Länder diesen Rückgang kompensieren können. Grundsätzlich bleibt allerdings selbst bei konservativen Annahmen der volkswirtschaftliche Ausblick für die deutsche Metallindustrie verhalten positiv. Dennoch ist in 2017 von einem Produktionswachstum in der deutschen Metallindustrie von unter 1% auszugehen.

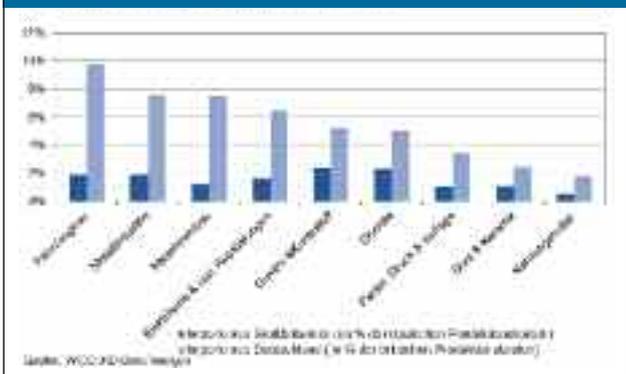
### Risiko auf der Angebotsseite eher überschaubar

Die Auswirkungen der Brexit-Entscheidung bleiben für den europäischen Ausblick ein Risikofaktor. Bis dato zeigen die britischen Konjunkturdaten allerdings keine Verschlechterung. Es gibt jedoch zahlreiche Studien, die negative kurz- bis langfristige Effekte für die britische Wirtschaft als Folge eines EU-Austritts belegen. Deren Auswirkungen stehen Europa und der deutschen Wirtschaft noch bevor.

Ein Aspekt, der bisher eher weniger Beachtung findet, ist der Einfluss des Brexit auf die Angebotsseite der Wirtschaft und auf einzelne Branchen im Besonderen. In einer globalisierten Welt wird sich der Einfluss des Brexit auf die deutsche Industrie nicht nur in der britischen Nachfrage nach deutschen Gütern spiegeln, sondern auch in möglichen negativen Einflüssen auf Produktionsketten. Abbildung 2 zeigt die Vernetzung von deutscher und britischer Wirtschaft sowie wichtiger Branchen wie der Metallindustrie. So machen britische Vorleistungsgüter nur rund 2% der Produktionskosten der deutschen Metallindustrie aus, während die deutschen Vorleistungsgüter rund 7,5% der britischen Metallindustrie umfassen. Daraus wird ersichtlich, dass die deutschen Unternehmen der Metallindustrie deutlich wichtiger für ihre britischen Abnehmer sind als

umgekehrt. Deutsche Produktionsprozesse, insbesondere die der Metallindustrie, sollten somit durch einen Brexit eher wenig belastet werden.

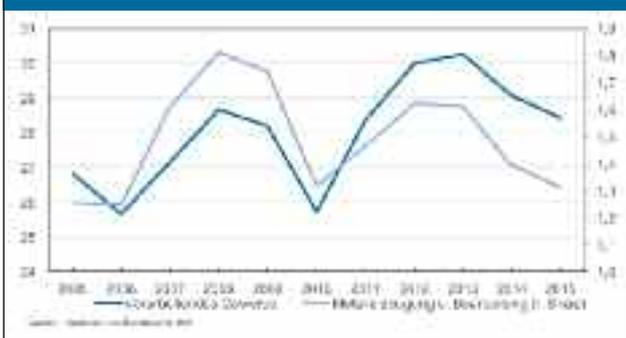
Abbildung 2: Beitrag zu Produktionskosten im Vergleich, in %



**Verhaltens Investitionsverhalten zu erwarten**

Die hohen Energiekosten in Deutschland und die anhaltende Unsicherheit über eine nachhaltige wettbewerbsfähige Energieversorgung belasten den Investitionsstandort Deutschland. Dies ist gerade bei energieintensiven Industrien wie Chemie oder Metall zu erkennen. Denn während der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen tendenziell

Abbildung 3: Anteil an den gesamten Ausrüstungsinvestitionen, in %



ansteigt, ist dieser für die Metallindustrie eher stabil geblieben beziehungsweise rückläufig (Abbildung 3). So liegt es neben den weltwirtschaftlichen Unsicherheiten auch aus dieser Sicht nahe, über den Prognosehorizont ein eher gedämpftes Investitionsverhalten in der Metallindustrie zu erwarten.

**Fazit: Trotz Risiken besteht kein Grund zu Pessimismus**

Der Konjunkturausblick für die deutsche Metallindustrie ist durch erhöhte Unsicherheit gekennzeichnet. Doch nicht nur unerwartete Entwicklungen wie der bevorstehende Brexit und die Wahl Trumps zum US-Präsidenten sind dafür verantwortlich. Die ungeklärten zukünftigen Rahmenbedingungen für energielastige Industrien in Deutschland sind ein weiterer Aspekt, der vor allem das Investitionsverhalten und damit die Angebotsseite der Metallindustrie beeinflusst.

Trotzdem kann grundsätzlich von einem stabilen Ausblick ausgegangen werden. Dies liegt zum einen daran, dass sich einige Befürchtungen rund um Brexit und Trump bereits als übertrieben erwiesen haben; zum anderen ist der globale Konjunkturausblick für 2017 relativ stabil. Die deutschen Wachstumsaussichten sollten sich gegenüber den bestehenden Risiken als relativ robust erweisen.



**Ansprechpartner**  
**Dr. Klaus Bauknecht**  
**IKB Deutsche Industriebank AG**  
 Wilhelm-Bötzes-Str. 1  
 40474 Düsseldorf  
 Tel.: 0211/8221-4118  
 klausdieter.bauknecht@ikb.de  
 www.ikb.de

Foto: Freepik.com / Jannoon028



**Finanzierung**



**Deutsche Bank AG  
Verbände und Institutionen**

Dr. Alexander Winkler

Große Gallusstraße 10 –13  
60311 Frankfurt

Tel.: +49 (0) 69 91039018  
Fax: +49 (0) 69 91041581  
alexander.winkler@db.com

**Industrielle Versicherungen**



**VSM Versicherungsstelle Stahl-  
und Metallverarbeitung GmbH**

Günter Hennig

Hohenzollernstraße 2  
44135 Dortmund

Tel.: +49 (0) 231 5404430  
Fax: +49 (0) 231 54047430  
guenter.hennig@leue.de

**Energieberatung**



**ECG Energie Consulting GmbH**

Prof. Dr. Jürgen Joseph

Wilhelm-Leonhard-Straße 10  
77694 Kehl-Goldscheuer

Tel.: +49 (0) 7854 98750  
Fax: +49 (0) 7854 9875200  
juergen.joseph@ecg-kehl.de

**Unternehmensberatung**



**hahn,consultants gmbh**

Holger Hahn

Memeler Straße 30  
42781 Haan

Tel.: +49 (0) 2129 557333  
Fax: +49 (0) 2129 557311  
h.hahn@hahn-consultants.de

**Wirtschaftsprüfung & Steuerberatung**



**Baker Tilly Roelfs**

Frank Schröder

Cecilienallee 6-7  
40474 Düsseldorf

Tel.: +49 (0) 211 6901-1200  
Fax: +49 (0) 211 6901-1216  
frank.schroeder@bakertilly.de

**Dienstleistung**



**Lloyd's Register  
Deutschland GmbH  
Zertifizierung, Projekte und  
Praxistrainings von  
Managementsystemen**

Carl Ebelshäuser

Adolf-Grimme-Allee 3  
50829 Köln

Tel.: +49 (0) 221 9675 7705  
carl.ebelshaeuser@lrqa.com

Neue IBU-Webseite

## Jetzt mit Login-Bereich für Mitglieder

Im Sommer wurde die Webseite des Industrieverbandes Blechumformung ([www.industrieverband-blechumformung.de](http://www.industrieverband-blechumformung.de)) an die aktuellen, technischen Entwicklungen angepasst. Ob auf Smartphone, Tablet oder Laptop – die neue Webseite wird benutzerfreundlich dargestellt, ist übersichtlich und funktional.

Im Fokus steht die Veranstaltungsübersicht mit der Möglichkeit, dass sich Verbandsmitglieder auch über die Webseite zu Seminaren und Workshops anmelden können. Durch die Mitglieder-Übersicht und die Mitglieder-Suche können Interessierte geeignete Geschäftspartner finden, indem sie nach Branchen, Fertigungsverfahren oder der Umkreissuche filtern. Der Login-Bereich, der ausschließlich Mitgliedsunternehmen zugänglich ist, bietet zahlreiche Informationen, wie beispielsweise einen umfangreichen Downloadbereich, themenbezogene Informationen für Arbeitskreisteilnehmer sowie eine Datenbank für kundenspezifische Forderungen.

*Ansprechpartner*

**Industrieverband Blechumformung e. V. (IBU)**

*Vanessa Wiemers*

*Goldene Pforte 1, 58093 Hagen*

*Tel: 02331/ 958839*

*[vwiemers@industrieverband-blechumformung.de](mailto:vwiemers@industrieverband-blechumformung.de)*

Chancengeber 2016

## Herstellerverband freut sich über Anerkennung

Für sein Integrationsprojekt wurde der Herstellerverband Haus & Garten neben zwei weiteren Kölner Firmen für die Auszeichnung „Chancengeber des Jahres“ 2016 nominiert. Bereits zum dritten Mal ehrt die IHK-Stiftung für Ausbildungsreife und Fachkräftesicherung damit das außergewöhnliche Engagement regionaler Unternehmen zur beruflichen Integration. Das Besondere in diesem Jahr: In den Fokus rückten Firmen, die sich in besonderer Weise für die Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeit einsetzen.

Auch wenn es am Ende nicht für den Spitzenplatz gereicht hat, mindert dies nicht den Stolz des Herstellerverbandes



*Links Heam Khulusi, rechts Ralf Rahmede, beide vom Herstellerverband Haus & Garten.*

auf das bisher Erreichte. „Zahlreiche Firmen haben sich um die Auszeichnung ‚Chancengeber des Jahres‘ beworben, darunter der Westdeutsche Rundfunk, das Erzbistum Köln, der TÜV Rheinland und GS1 Germany. Und dass wir mit unserer Arbeit neben den Ford Werken Köln und dem späteren Sieger, der ONI-Wärmetrafo GmbH, zu den drei nominierten Unternehmen zählen, die vom Stiftungsrat ausgewählt wurden, erfüllt mich mit Freude“, fasst Heam Khulusi, die Integrationsbeauftragte des Verbandes, zusammen. Gemeinsam mit Verbandsgeschäftsführer Ralf Rahmede nutzte sie beim Festakt die Bühne, um über ihre Arbeit und die Intention dahinter zu informieren. „Wir können stolz sein auf unsere Vermittlungstätigkeit. Wir haben nicht nur deutschlandweit mehr als 20 anerkannten Flüchtlingen bei verschiedenen Mitgliedsfirmen einen Ausbildungsplatz oder eine Berufsperspektive bieten können, sondern auch für dieses Thema sensibilisiert und umfassend informiert“, erklärt Heam Khulusi. „Vom Stiftungsrat wurde besonders betont, wie früh wir unser Engagement gestartet haben“ ergänzt Ralf Rahmede. „Schon im September letzten Jahres haben wir die Weichen gestellt, um dann mit Beginn des neuen Jahres aktiv starten zu können“.

Die Arbeit im Herstellerverband wird auch nach der Preisverleihung mit unvermindertem Einsatz weitergehen. Jetzt vielleicht sogar mit noch größerer Effizienz, da an dem Abend viele interessante und wichtige neue Kontakte geknüpft werden konnten.



*Ansprechpartner*

**Herstellerverband Haus & Garten e. V.**

*Heam Khulusi, Integrationsbeauftragte  
Deutz-Mülheimer Straße 30, 50679 Köln*

*Tel. 0221/279801-16*

*E-Mail [khulusi@herstellerverband.de](mailto:khulusi@herstellerverband.de)*

*[www.herstellerverband.de](http://www.herstellerverband.de)*

# WSM-Mitgliedsverbände

- ◆ **Eisendraht- und Stahldraht-Vereinigung e.V. – ESV**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, +49 (0) 211 4564237, [www.drahtverband.org](http://www.drahtverband.org)
- ◆ **Verband der Deutschen Federnindustrie e.V. – VDFI**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2231 958851, [www.vdfi.wsm-net.de](http://www.vdfi.wsm-net.de)
- ◆ **Industrieverband Garten e.V. – IVG**  
Wiesenstraße 21a, 40549 Düsseldorf, Tel.: +49 (0) 211 90999800, [www.ivg.org](http://www.ivg.org)
- ◆ **Industrieverband Härtetechnik e.V. – IHT**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2331 958825, [www.haertetechnik.org](http://www.haertetechnik.org)
- ◆ **Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. – FVK**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Tel.: +49 (0) 211 4564120, [www.fv-kaltwalzwerke.de](http://www.fv-kaltwalzwerke.de)
- ◆ **Industrieverband Massivumformung e.V. – IMU**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2331 958813, [www.massivumformung.de](http://www.massivumformung.de)
- ◆ **Fachverband Metallwaren- und verwandte Industrien e.V. – FMI**  
Leostr. 22, 40545 Düsseldorf, +49 (0) 211 5773910, [www.fmi.de](http://www.fmi.de)
- ◆ **Fachverband Pulvermetallurgie e.V. – FPM**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2331 958817, [www.pulvermetallurgie.com](http://www.pulvermetallurgie.com)
- ◆ **Deutscher Schraubenverband e.V. – DS**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2331 958849, [www.schraubenverband.de](http://www.schraubenverband.de)
- ◆ **Schweißelektroden-Vereinigung e.V. – SEV**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, +49 (0) 211 4564251, [www.schweisselektroden.de](http://www.schweisselektroden.de)
- ◆ **Stabziehereien-Vereinigung e.V. – STV**  
Kaiserswerther Str. 137, 40474 Düsseldorf, Tel.: +49 (0) 211 4564251, [www.blankstahl.org](http://www.blankstahl.org)
- ◆ **Industrieverband Bau- und Bedachungsbedarf – IV B+B**  
Lechfeldstraße 67, 86899 Landsberg am Lech, Tel.: +49 (0) 8191 4286719, [info@ivbb-net.de](mailto:info@ivbb-net.de)
- ◆ **Herstellerverband Haus & Garten e.V.**  
Deutz-Mülheimer Str. 30, 50679 Köln, Tel.: +49 (0) 221 2798010, [www.herstellerverband.de](http://www.herstellerverband.de)
- ◆ **Industrieverband Blechumformung e.V. – IBU**  
Goldene Pforte 1, 58093 Hagen, Tel.: +49 (0) 2331 958831, [www.industrieverband-blechumformung.de](http://www.industrieverband-blechumformung.de)
- ◆ **Fachverband Industrie verschiedener Eisen- und Stahlwaren e.V. – IVEST**  
An der Pönt 48, 40885 Ratingen, Tel.: +49 (0) 2102 186200, [www.ivist.de](http://www.ivist.de)

## Recht

## ADSp 2017 – Neue Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen

*Die Verladerverbände und die Speditionsverbände haben sich auf neue Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen geeinigt. Die ADSp 2017 können ab dem 1. Januar 2017 alternativ zu den DTLB 2015 verwendet werden.*

Im Jahr 2015 haben die Verladerverbände, zu denen unter anderem auch der BDI gehört, die Deutschen Transport- und Lagerbedingungen (DTLB 2015) vorgelegt und unverbindlich zur Anwendung empfohlen. Zuvor hatte man sich mit den Verbänden der Spediteure nicht auf eine neue Fassung der alten ADSp einigen können. Diese DTLB 2015 bleiben bestehen und werden nach wie vor von den Verladerverbänden unverbindlich zur Anwendung empfohlen. Nun haben sich die Verladerverbände und die Speditionsverbände unter Moderation des DIHK auf neue Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen (ADSp) einigen können. Die ADSp 2017 können ab dem 1. Januar 2017 alternativ zu den DTLB 2015 verwendet werden.

Ein Konfliktpunkt bei den Gesprächen zwischen den Verladern und den Spediteuren war die Haftungsbegrenzung zu Gunsten der Spediteure beziehungsweise

Frachtführer. Ziffer 23 der ADSp 2017 enthält nun differenzierte Regelungen zu Haftungsbegrenzungen. Die Haftung des Spediteurs für Güterschäden in seiner Obhut ist begrenzt auf 8,33 Sonderziehungsrechte (SZR – rund 10,45 Euro) für jedes Kilogramm. Der Spediteur haftet maximal pro Schadensfall auf 1,25 Millionen Euro, maximal pro Vermögensschaden auf 125000 Euro und maximal je Schadenereignis (die Summe der Schadensfälle bei einem Schadenereignis) auf 2,5 Millionen Euro. Die DTLB 2015 orientieren sich dagegen an der gesetzlichen Haftung und sehen deshalb keine so weitreichende Haftungsbegrenzung vor. Für den Verlager wird es deshalb regelmäßig günstiger sein, bei den DTLB 2015 zu bleiben.

In Ziffer 29 der ADSp 2017 ist umgekehrt auch die Auftraggeberhaftung angesprochen. Danach ist die Haftung des Auftraggebers aus beispielsweise fehlerhaften Angaben oder unzureichender Verpackung auf 200.000 Euro je Schadensereignis begrenzt.

Beim Thema Nachforderung von Entgelt durch den Spediteur, das häufig zu Streit zwischen Verlager und Spediteur führt, folgen die ADSp 2017 im Prinzip den DTLB 2015. Ziffer 16 der ADSp 2017 regelt, dass mit der vereinbarten Vergütung, die die Kosten der Beförderung und Lagerung einschließt, alle nach dem Verkehrsvertrag zu erbringenden Leistungen abgegolten sind. Nachforde-



Foto: Pixelio.de / Paul-Georg Meister

rungen für im regelmäßigen Verlauf der Beförderung oder Lagerhaltung anfallende und zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vorhersehbare Kosten können nicht gesondert geltend gemacht werden. Etwas anderes gilt nur, wenn es vereinbart ist. Kalkulationsfehler gehen zulasten des Kalkulierenden.

**Beim Standgeld wird nach der Größe des Fahrzeugs** unterschieden. Wird für die Gestellung eines Fahrzeugs mit 40 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht ein Zeitpunkt oder ein Zeitfenster vereinbart, beträgt die Lade- oder Entladezeit bei Komplettladungen unabhängig von der Anzahl der Sendungen pro Lade- oder Entladestelle pauschal jeweils maximal zwei Stunden für die Verladung oder die Entladung. Bei Fahrzeugen mit niedrigerem Gesamtgewicht reduzieren sich diese Zeiten einzelfallbezogen in angemessenem Umfang. Wird die Lade- oder Entladezeit aufgrund vertraglicher Vereinbarung oder aus Gründen, die nicht dem Risikobereich des Spediteurs zuzurechnen sind, überschritten, hat der Auftraggeber dem Spediteur das vereinbarte, ansonsten ein angemessenes Standgeld als Vergütung zu zahlen.

Der Spediteur besorgt nach Ziffer 21 der ADSp 2017 die Versicherung des Gutes bei einem Versicherer seiner Wahl, wenn der Auftraggeber ihn damit vor Übergabe des Gutes beauftragt. Der Spediteur hat zudem die Versicherung des Gutes zu besorgen, wenn dies im Interesse des Auftraggebers liegt. Der Spediteur darf dies insbesondere vermuten, wenn der Spediteur bei einem früheren Verkehrsvertrag im Rahmen noch laufender Geschäftsbeziehung eine Versicherung besorgt hat oder wenn der Auftraggeber im Auftrag einen „Warenwert für eine Versicherung des Gutes“ angegeben hat.

Für den Verlader wird es im Zweifel insbesondere wegen der Haftungsbegrenzung in den ADSp günstiger sein, die DTLB 2015 zu vereinbaren. Es sollte im konkreten Einzelfall abgewogen werden, für welche der beiden Musterbedingungen man sich entscheidet.

## Ratenzahlungsvereinbarung kann von Insolvenzverwalter nicht immer angefochten werden

Mit Urteil von 14.07.2016 hat der Bundesgerichtshof entschieden, das ein Ratenzahlungsangebot des Schuldners

kein zwingendes Indiz für die Kenntnis des Gläubigers von der drohenden Zahlungsunfähigkeit des Schuldners beziehungsweise für den Benachteiligungsvorsatz im Sinne von § 133 InsO sind.

**Zum Sachverhalt:** Der Beklagte und Gläubiger des Kaufpreises lieferte Baumaterial an den Schuldner, der später in die Insolvenz fiel. Anfang 2011 teilte der Schuldner dem Gläubiger mit, die offenen Forderungen nicht sofort und nicht in einem Zuge zahlen zu können. Daraufhin vereinbarten die Parteien die Ratenzahlung. Der Beklagte musste später teilweise mahnen, der Schuldner leistete aber die Raten. Im Februar 2012 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet. Der Insolvenzverwalter hat das Geschäft nach § 133 InsO angefochten und die gezahlten Raten vom Beklagten zurück verlangt.

Der BGH versagte die Anfechtungsmöglichkeit des Insolvenzverwalters und damit den Rückzahlungsanspruch. Nach der Urteilsbegründung hatte der Gläubiger aufgrund des Ratenzahlungsangebots des Schuldners keine Kenntnis von dessen drohender Zahlungsunfähigkeit. Aus der Mitteilung des Schuldners, nicht sofort und nicht in vollem Umfang zahlen zu können, musste der Beklagte nicht auf die Zahlungseinstellung schließen. Diese Mitteilung deutete – so der BGH – nur auf einen Liquiditätsengpass und nicht auf die (drohende) Zahlungsunfähigkeit hin. Zur Kenntnis der Zahlungseinstellung durch die Beklagte hätten weitere Indizien vorliegen müssen. Die Gesamtumstände des Einzelfalls seien zu würdigen. Es lagen auch Indizien gegen eine Bösgläubigkeit des Gläubigers vor: Er hatte seine Ansprüche nicht in voller Höhe fällig gestellt, und seine Mahnungen blieben auch nicht ohne Reaktion. Die Forderungen waren überdies auch nicht hoch, und das gekaufte Baumaterial war nicht betriebsnotwendig. Die Anfechtung des Insolvenzverwalters ging deshalb ins Leere (BGH Urteil v. 14.7.2016, Az.: IX ZR 188/15).

### Ansprechpartner

#### Christian Vietmeyer

Rechtsanwalt  
Hauptgeschäftsführer

#### WSM Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.

Uerdinger Str. 58-62, 40474 Düsseldorf  
Tel. 0211/95 78 68 22, Fax 0211/95 78 68 40  
E-Mail: cvietmeyer@wsm-net.de  
www.wsm-net.de

## Steuern

Erbschaftsteuer

### Im Bundesgesetzblatt verkündet

Am 9. November 2016 wurde das Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Bundesgesetzblatt Nr. 52 (BGBl. I 2016, S. 2464) veröffentlicht.

Das Gesetz tritt rückwirkend zum 1. Juli 2016 in Kraft. Wesentliche Änderungen zum bisherigen Gesetz sind folgende:

Der Kapitalisierungsfaktor des § 203 Bewertungsgesetz beträgt fortan 13,75 und kann vom Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates an die Entwicklung der Zinsstrukturdaten angepasst werden.

Für Familiengesellschaften gilt ein Vorwegabschlag, dessen Höhe der im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung vorgesehenen prozentualen Minderung der Abfindung gegenüber dem gemeinen Wert entspricht und 30 Prozent nicht übersteigen darf. Die nachstehenden Voraussetzungen müssen im Gesellschaftsvertrag zwei Jahre vor dem Zeitpunkt der Entstehung der Steuer und 20 Jahre danach vorliegen:

- ▶ Entnahmen oder Ausschüttungen dürfen höchstens 37,5 Prozent des Gewinnanteils nach Ertragsteuern beziehungsweise Ausschüttungsbesteuerung betragen,
- ▶ die Beteiligung an der Gesellschaft darf nur auf Mitgesellschafter, auf Angehörige im Sinne des § 15 AO oder auf eine Familienstiftung übertragen werden, und
- ▶ für den Fall des Ausscheidens aus der Gesellschaft wird eine Abfindung gezahlt, die unter dem gemeinen Wert der Beteiligung liegt.

**Die Verschonungsregelungen** für Betriebsvermögen gelten nur noch für das begünstigte Vermögen und nicht mehr für das Verwaltungsvermögen. Das bislang geltende „Alles-Oder-Nichts-Prinzip“ mit der 50%-

Verwaltungsvermögensgrenze wurde aufgehoben. Für die Vollverschonung darf die Verwaltungsvermögensquote jedoch nicht mehr als 20% betragen.

Der Verwaltungsvermögenskatalog wurde um Oldtimer, Yachten, Segelflugzeuge und sonstige typischerweise der privaten Lebensführung dienende Gegenstände ergänzt. Das Ziel ist es, Steuergestaltungen mit solchen Wirtschaftsgütern zu verhindern.

**Die Netto-Finanzmittel** sind insoweit als Verwaltungsvermögen anzusehen, als sie 15% des Unternehmenswerts (bislang: 20%) übersteigen. Um die 15%-ige Verschonung von Finanzmitteln zu erhalten, ist nach der Einigung im Vermittlungsausschuss nun noch zusätzlich erforderlich, dass das begünstigungsfähige Vermögen oder nachgeordnete Gesellschaften nach ihrem Hauptzweck einer originär gewerblichen Tätigkeit dienen.

An sich schädliches Verwaltungsvermögen zählt zum begünstigten Vermögen, soweit sein Nettowert (nach Abzug der anteiligen Schulden) 10% des um den Nettowert des Verwaltungsvermögens gekürzten gemeinen Werts des Betriebsvermögens nicht übersteigt (sogenannte Schmutzklausel). Generell gilt: Beträgt das nicht begünstigte Verwaltungsvermögen 90% oder mehr, ist die Verschonung von der Erbschaft- und Schenkungsteuer insgesamt ausgeschlossen.

**Investitionsklausel:** Im Erbfall von Todes wegen kann Verwaltungsvermögen, das nach einem vorgefassten Plan des Erblassers innerhalb von zwei Jahren einem betrieblichen Zweck zufließt, verschont bleiben.

### Verschonungsregeln bei größeren Betriebsvermögen

Bei einem begünstigten Vermögen ab 26 Millionen Euro kann sich der Erwerber alternativ für das Abschmelzungsmodell oder für eine individuelle Verschonungsbedarfsprüfung entscheiden.

Übersteigt der Erwerb beim jeweiligen Erwerber den Wert von 26 Millionen Euro, schmilzt auf Antrag des Erwerbers der Verschonungsabschlag um 1% pro 750.000 Euro ab bis zu einem absoluten Höchst-



betrag von 90 Millionen Euro (Abschmelzungsmodell). Übersteigt der Erwerb begünstigten Vermögens die Grenze von 90 Millionen Euro, wird kein Verschonungsabschlag mehr gewährt. Eine Sockelverschonung ist nicht mehr vorgesehen. Im Rahmen der Verschonungsbedarfsprüfung werden zur Tilgung der Steuerschuld 50% der Summe aus dem mit der Erbschaft oder Schenkung zugleich übergegangenen Privat- und Verwaltungsvermögen, das im Übertragungszeitpunkt beim Erwerber vorhandene Privat- und Verwaltungsvermögen und derartige Vermögen, das der Erwerber innerhalb von zehn Jahren nach dem Erwerb hinzuverwirbt, herangezogen.

**Die Prüfung der Lohnsummen** setzt bereits bei einer Unternehmensgröße von mehr als fünf Arbeitnehmern an (bisher 20). Für Betriebe von sechs bis 15 Beschäftigten gibt es gestaffelte Lohnsummengrenzen. Ab 15 Beschäftigten darf die Mindestlohnsumme – wie bisher – bei der Regelverschonung 400% und bei der Optionsverschonung 700% der Ausgangslohnsumme nicht unterschreiten.

Die Stundungsmöglichkeit wurde im Vermittlungsausschuss deutlich eingeschränkt. Die bei Erwerben von Todes wegen auf begünstigtes Vermögen entfallende Erbschaftsteuer wird auf Antrag bis zu sieben Jahre gestundet, wobei die Steuer in sieben gleichen Beträgen zu tilgen ist und nur noch der erste Jahresbetrag zinslos gestundet wird. Für den verbleibenden gestundeten Betrag fallen Zinsen i.H. von 6% an.

#### Ansprechpartner

**Dipl.-Kaufmann Holger Ade**

Tel.: 02331 / 95 88 21

E-Mail: hade@wsm-net.de

www.wsm-net.de

## Arbeitsschutz

### Unternehmen auf der Couch?

Seit 2013 sieht das Arbeitsschutzgesetz (vgl. §5 Abs.3 Nr. 6 ArbSchG) explizit die Berücksichtigung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz in Gefährdungsbeurteilungen vor. Hintergrund ist die kontinuierliche starke Zunahme psychischer Erkrankungen in den letzten 15 Jahren.

Laut dem BKK-Gesundheitsreport 2015 beträgt die Zunahme der Fehltagel auf Grund psychischer Erkrankungen

#### Buchbesprechung

### Pflicht zum Mitdenken ist ein Muss



*Arbeitsschutz und Sicherheit sind wichtige Grundpfeiler der Unternehmenspraxis. Das Motto „Keine Tätigkeit ohne Verantwortung“ gilt für die Unternehmensleitung genauso wie für Ausführende. Es gilt zwar das Weisungsrecht des Vorgesetzten und die Gehorsams-*

*pflicht des Mitarbeiters. Aber es entlässt den einzelnen Mitarbeiter nicht aus der Pflicht zum Mitdenken. Vielmehr sollte ein kritischer anstatt eines „blinden“ Gehorsams verfolgt werden. Doch welche Aspekte sind bei der sicherheitsgerechten Organisation des Arbeitsbereiches zu berücksichtigen? Welche Pflichten sind maßgeblich, und was bedeutet Verantwortung und ausreichende Sicherheit? Um diese und weitere interessante und spannende Themen und Fragen des Arbeitsschutzes und der Sicherheit in Unternehmen geht es im neuen Buch „Sicherheitsverantwortung“ von Prof. Dr. Thomas Wilrich. 25 erläuternde Gerichtsurteile runden das Sachbuch gekonnt ab und zielen auf die Anwendung in der Praxis ab. (Andre Koring)*

**Prof. Dr. Thomas Wilrich:**

**„Sicherheitsverantwortung.**

**Arbeitsschutzpflichten, Betriebsorganisation und Führungskräftehaftung – mit 25 erläuterten Gerichtsurteilen“**

Print: ISBN 978 3 503 17007 4

eBook: ISBN 978 3 503 17008 1 · 39,90 Euro

zwischen 1994 und 2014 165 Prozent. In diesem Zeitraum hat die Arbeitswelt in Deutschland deutliche Veränderungen erfahren. Unternehmen befinden sich unter hohem Wettbewerbsdruck. Effizienz, Informationsdichte und -menge sowie die Anforderungen an die Beschäftigten steigen.

**Wissenschaftliche Studien zeigen**, dass bestimmte psychische Belastungsfaktoren, die im Arbeitskontext erlebt

werden, zu einem höheren Erkrankungsrisiko, zum Beispiel zu psychischen Erkrankungen und Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems sowie zu einem erhöhten Unfallrisiko führen.

Es stellt sich daher die Frage, inwiefern psychische Erkrankungen durch Belastungen bei der Arbeit mitverursacht werden. Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) hat vier Bereiche psychischer Belastungsfaktoren festgelegt, die im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu berücksichtigen sind: Arbeitsinhalt und -aufgabe, Arbeitsorganisation, soziale Beziehungen und Arbeitsumgebung.

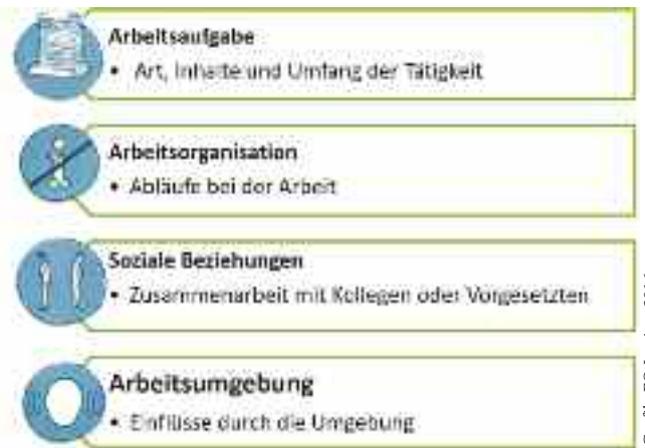


Abbildung: Merkmalsbereiche psychischer Belastungen

**Wichtig bei der Gefährdungsbeurteilung** psychischer Belastungen ist die Unterscheidung der Begriffe Belastung und Beanspruchung. Belastung bezeichnet alles, was im Arbeitskontext von außen auf den Menschen einwirkt und ist damit personenunabhängig. Beanspruchung hingegen bezeichnet die individuelle Reaktion des Menschen auf die jeweiligen Belastungen. Psychische Beanspruchung (Stresserleben) ist individuell verschieden und hängt von persönlichen Bewertungs- und Verarbeitungsprozessen ab. Die erlebte Beanspruchung ist somit personenabhängig. Ziel der Gefährdungsbeurteilung ist es, frühzeitig Gefährdungspotentiale zu erkennen, kritisch ausgeprägte Belastungsfaktoren zu reduzieren oder zu beseitigen und Ressourcen bei der Arbeit zu erhalten beziehungsweise zu fördern.

**Für die Gefährdungsbeurteilung** psychischer Belastungen gibt es drei mögliche Methoden: Beobachtungsfahren am Arbeitsplatz (Arbeitsplatzbegehung mit Einzelinterviews), Befragung mittels Fragebogen und Analyseworkshops. Diese Verfahren unterscheiden sich deutlich in Aufwand und Analysetiefe. Empfohlen wird eine

Kombination aus einem orientierenden Screening-Verfahren (Fragebogen), um einen Überblick zu erhalten, und einem darauf aufbauenden vertiefenden Verfahren (Analyse-Workshop), um Ursachen für kritische Belastungsfaktoren zu erfassen und Maßnahmenvorschläge aus Sicht der Beschäftigten abzuleiten. Das Gefährdungsbarometer® ist ein Beispiel für einen orientierenden Fragebogen, der mit rund 30 Fragen alle vier Belastungsbereiche der psychischen Gefährdungsbeurteilung abdeckt und Auskunft über das Gefährdungspotential einer Tätigkeit gibt.



Erfolgsfaktoren für die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen.

Systematisch genutzt, stellt die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen ein wertvolles Instrument zur Organisationsentwicklung dar. Arbeitsgestaltung und soziale Beziehungen werden regelmäßig beleuchtet und Möglichkeiten zur Prozessoptimierung offengelegt. Die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen hilft, kritische Belastungsfaktoren zu identifizieren und zu vermindern. Das erhält Engagement und Gesundheit der Beschäftigten. Unternehmen steigern damit ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Attraktivität als Arbeitgeber.



**Ansprechpartner**  
**Dipl.-Psych. Nicole Scheibner**  
 Geschäftsführerin  
**EO Institut GmbH**  
 Schumannstraße 17  
 10117 Berlin  
 Tel.: 030/ 400 40 700  
 Nicole.Scheibner@EO-Institut.de  
 www.EO-Institut.de

## Mobile Zukunft

# Das Nutzfahrzeug auf dem Weg zur digitalen Transformation

*Rückblick: Auf der 66. IAA Nutzfahrzeuge in Hannover drehte sich alles um die Megatrends Digitalisierung und Elektromobilität. Doch was kommt in Zukunft konkret auf uns zu? Der Beitrag gibt einen Einblick in die vernetzte Nutzfahrzeugwelt von morgen.*

Wir schreiben das Jahr 2030. Auf dem Display von Thilo Schneiders Tablet blinkt eine 15. Jetzt weiß er, dass er in einer Viertelstunde den Konvoi verlassen und zumindest kurzfristig wieder selbst agieren muss. Bis dahin ist noch Zeit, die GPS-Koordinaten zu checken und das Ziel zu aktualisieren. Die Verkehrslage scheint ruhig zu sein abseits der Autobahn. Schnell noch ein Blick auf den E-Mail-Eingang, keine wichtigen News. Schneider informiert die übrigen Lkw via WhatsApp über seinen Ausstieg aus dem Platooning-Gespann.

Die mehr oder weniger zufällige Reihe von Lkw, die sich zu Autobahnzügen koppeln, sind ein echter Fortschritt gegenüber den langen einsamen Fahrten früherer Jahre, als man vor allem bergan immer wieder von langsameren Fahrzeugen ausgebremst wurde oder sich in nervigen Elefantenrennen aneinander vorbeischiebte. Dank Platooning ist die Geschwindigkeit gleichmäßig zügig, zudem sind die 40-Tonner sparsamer unterwegs und nutzen die Straße viel effizienter – es gibt mehr Platz für andere Verkehrsteilnehmer.

**Auch Unfälle gehören der Vergangenheit an**, seitdem Sensoren und Computer die Fahrer in den kritischen Situationen entlastet haben. Die technischen Voraussetzungen sind – in diesem Szenario – längst vorhanden, damit Lkw verschiedener Hersteller im Verbund unterwegs sein können. Die Fahrzeuge kommunizieren reibungslos untereinander, Sprachbarrieren, wie sie zwischen den Fahrern der Trucks manchmal vorkamen, gibt es dank einheitlicher Systeme nicht mehr.

Der Autopilot gibt rechtzeitig vor der Ausfahrt das Signal zum Ausscheren, Thilo Schneider übernimmt während der Abfahrt wieder das Steuer. Das müsste er eigentlich nicht. Sein Truck würde auch diese Fahraufgabe selbstän-

dig erledigen, aber nachdem Schneider in den letzten Stunden im Cockpit seine Logistikaufgaben online erledigt hat, gönnt er sich gern ein paar Meter Nostalgie, auch wenn der Joystick zur Steuerung des 40-Tonnners nicht wirklich an das große Lenkrad erinnert, das schwere Lkw noch bis Mitte der zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts hatten.

Seitdem große und kleine Transporter vernetzt und in der Regel ohne weiteres Zutun eines klassischen Fahrers unterwegs sind, braucht man das große Steuer einfach nicht mehr. Stattdessen klappt man im Cockpit einen kleinen Arbeitstisch auf, um den Arbeitstag eines Logistikers zu erledigen. Berufsbild und Image des Truckers haben sich durch die Vernetzung immens gewandelt. Waren Lkw-

## **Spontanes Laden von Elektrofahrzeugen wird in Deutschland Gesetz**

*Die von der Bundesregierung geplanten Erweiterungen zur Ladesäulenverordnung legen fest, dass Elektroautofahrer bargeldlos und nur mithilfe einer Smartphone-App oder mobilen Webseite garantiert überall laden und bei allen Ladestationsbetreibern auch bezahlen können. Mithilfe von Smartphones, QR-Code und gängigen Zahlungsmitteln wie Kreditkarten und PayPal soll das Laden auch digital möglich sein. Die Verordnung des Wirtschaftsministeriums sieht weiterhin vor, dass Elektroautofahrer jede Ladestation im öffentlichen Raum nutzen können, auch ohne langfristige Fahrstromverträge abzuschließen.*

---

Fahrer früher hauptsächlich fürs Fahren und Be- und Entladen zuständig, verfügen Schneider und seine Kollegen neben der Lkw-Schulung über eine Ausbildung als Logistikkaufmann beziehungsweise -kauffrau. Der Frauenanteil ist deutlich höher als früher. Mit der verbesserten Qualifikation sind auch die Einkommen gestiegen.

So erledigt Schneider, während sein Truck im Verbund fährt oder auf speziellen Autobahn-Fahrstreifen autonom agiert, Büroarbeiten. Schließlich wollen auch heute noch Ladungen bestätigt werden, vor allem, weil die Auftraggeber Lücken auf der Ladefläche in der jeweiligen Route schnell buchen. First come, first serve, heißt es, soweit das logistisch sinnvoll ist. Leerfahrten gilt es auf jeden Fall zu vermeiden, und dafür muss man seinen Lkw immer mit den Dispositionen der verschiedenen Auftraggeber, aber auch mit den Be- und Entladestationen vernetzt haben.

Kaum zu glauben, dass zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Durchschnitt rund ein Drittel aller Lkw-Fahrten noch Leerfahrten waren. Manche Ineffizienzen machten die Transporte unnötig teuer. Auch der Spritverbrauch und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen waren deutlich höher. Zwar verrichten noch immer Dieselmotoren ihre Arbeit vor allem im Fernverkehr. Es werden aber klimaneutrale Kraftstoffen genutzt. Auch Elektro- und Brennstoffzellen-Trucks sind unterwegs. Heute sind die Speditionen vernetzt, Frachtbörsen sorgen für eine effiziente Verteilung der Güter.

Thilo Schneider hat mittlerweile sein Ziel erreicht – einen großen Logistikumschlagplatz in der Nähe einer Metropole. Schon lange dürfen die Langstrecken-Lkw nicht mehr in Innenstädte fahren, hier sind nur noch E-Mobile im Verteilerverkehr und auf der letzten Meile erlaubt. Da er selbst in einer Großstadt lebt, weiß er dies zu schätzen. Die Luftqualität ist seither noch besser geworden – und Lärm verursachen die flüsterleisen Fahrzeuge schon längst nicht mehr.

Beim Durchfahren des Haupttores blinkt sein Display wieder auf: Verladestation 14 wird ihm zugewiesen. Er weiß, wenn er dort vorfährt, ist die Rampe frei, Wartezeiten gibt es keine. Da das Betriebsgelände großzügig angelegt ist, übernimmt er selbst das Rangieren, ein wenig Übung schadet ja nicht. Er könnte aber auch seinen Truck dem Leitsystem überlassen, so dass der Lkw selbständig vorfäh-



ren würde. Als er an der Verladestation ankommt, wartet bereits ein Servicefahrzeug auf ihn. Sein Lkw hat registriert, dass es bei der AdBlue-Zufuhr kleinere Ungenauigkeiten gibt und dies an die Spedition gemeldet. Der Service-Techniker schaut danach, während die Ladung in die Hallen transportiert wird. Seitdem kleinere Reparaturen oder Servicemaßnahmen wie Reifenwechsel zeitnah bei solchen Gelegenheiten durchgeführt werden, sind die Lkw seiner Spedition deutlich effizienter geworden, der Verschleiß wurde zudem geringer.

**Während des vollautomatisierten Entladevorgangs** checkt Schneider seine Mails. Er erfährt, dass er zurück auf die Autobahn fahren soll, nachdem er auch im Nachbarort Waren an Bord genommen hat. An der nächsten Raststätte ist ein Parkplatz für ihn reserviert, auf dem er die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit verbringen wird. Anschließend geht es im vernetzten Konvoi mit ihm als Leitfahrzeug weiter.

Vieles, was Berufskraftfahrer Thilo Schneider im Jahr 2030 erleben wird, konnten die Besucher der 66. IAA Nutzfahrzeuge in Hannover schon im vergangenen September erfahren. Die weltweit wichtigste Leitmesse für Transport, Logistik und Mobilität bot im Rahmen der „New Mobility World Logistics“ drei hochrangig besetzte Kongresse zu diesen Zukunftsthemen an. Dabei ging es nicht nur um das



Foto: Fotolia.de

Nutzfahrzeug an sich, sondern um die vollständige Digitalisierung der gesamten Wertschöpfungskette.

### Die digitale Zukunft wirft viele Fragen auf

Unter der Überschrift „Veränderung des Ökosystems durch Telematics – Auswirkungen auf den Automotive Aftermarket“ standen Fragen nach dem Einfluss von Telematik-Angeboten und der damit einhergehenden Vernetzung auf die wirtschaftliche Lage von Spediteuren, Verkehrsbetrieben oder Flotten. Was wird sich ändern, was hat sich bereits verändert? Welche Herausforderungen sind noch zu meistern? Zudem wurden auch die ökologischen Auswirkungen thematisiert.

**Auch auf dem begleitenden Car-IT-Kongress** „Die digitale Revolution der Autoindustrie“ stand das vernetzte Fahrzeug in seiner Komplexität im Mittelpunkt der Ausführungen. Die Themen reichten von Car-to-Car Com-

munication, E-Mobility & IT, Autonomes Fahren, Fahrerassistenzsysteme bis zur Intelligenten Navigation. Die Aspekte Verkehrsmanagement und Mobilität der Zukunft fanden sich ebenso wie die wachsende Bedeutung von modernen, App-gestützten Infotainmentsystemen für das „connected car“.

Beim Forum „Vernetztes und automatisiertes Fahren: Nutzfahrzeuge als Innovationsträger für Automatisierung und Vernetzung“ stand die Frage im Mittelpunkt, wie das wachsende Verkehrsaufkommen optimiert und weiterhin eine funktionierende Mobilität gewährleistet werden kann. Die nahtlose Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger ist dabei eine Möglichkeit. Zudem wird auf Echtzeit basierende intelligente Verkehrssteuerung ein wesentliches Instrument zur Optimierung des Verkehrsflusses. Fahrerassistenzsysteme und das automatisierte Fahren sowie die Vernetzung von Fahrzeugen und Infrastruktur werden bei der Lösung dieser Aufgaben eine zentrale Rolle spielen.



**Ansprechpartner**  
**Eckehart Rotter**  
 Leiter Abteilung Presse  
**Verband der**  
**Automobilindustrie e. V. (VDA)**  
 Behrenstr. 35  
 10117 Berlin  
 Tel.: 030/897842-120  
 rotter@vda.de



Industrielle Versicherungen XVI

## Wenn der Regen kommt

*Gegen den Klimawandel kann man politisch vorgehen. Doch das kostet Zeit. Gegen Sturm- und Überschwemmungsschäden kann man sich versichern. Das kostet nur eine jährliche Versicherungsprämie, und guten Rat gibt es frei Haus dazu.*

Auch wenn es der zukünftige US-Präsident Donald Trump bezweifelt: Der Klimawandel ist Realität. Die Mehrheit der Wissenschaftler weltweit ist sich darin einig, dass die Hauptursache für steigende Temperaturen und Wetterkapriolen der Mensch ist. Neben kaum greifbaren Problemen wie dem Abschmelzen der Polkappen sorgen immer wieder auch ausgewachsene Naturkatastrophen für breites mediales Echo. Beispiele sind der Sturm Matthew, der in diesem Jahr die Karibik verwüstete oder der Tsunami, der im Jahr 2011 die Katastrophe im japanischen Fukushima auslöste.



Foto: Freepik.com / D3Images

**Doch auch in Mitteleuropa und in Deutschland nehmen verhängnisvolle Naturereignisse und Wetterextreme zu.**

Dies hat nicht nur Einfluss auf Leib und Leben von Bürgern, die öffentliche Infrastruktur sowie Immobilien und das Vermögen von Privatpersonen. Auch zahlreiche Unternehmen sind betroffen – insbesondere von Überschwemmungen. Im Sommer 2016 waren es Hochwasser-Ereignisse in Baden-Württemberg, Niederbayern und weiten Teilen von Nordrhein-Westfalen, die zu Millionenschäden führten.



Foto: Fotolia.de

Was wir in den letzten Jahren beobachten, ist nicht nur eine Zunahme von Schadenereignissen, die auf Umwelteinflüsse zurückzuführen sind. Auch die Art und Intensität hat sich verändert. So gab es seit 2002 gleich mehrere sogenannte Jahrhundertfluten in Deutschland. Immer häufiger beobachten die Experten der VSM Versicherungsstelle auch Schäden durch und an Photovoltaik-Anlagen, die entweder von Dächern geweht werden, oder diese – bei entsprechender Last durch Schnee und Wind – zum Einsturz bringen.

**Neben der Häufigkeit und Intensität** haben sich auch die Orte, an denen es beispielsweise zu Überschwemmungen kommt, verändert. Dieses Phänomen geht damit einher, dass viele Kommunen sich mittlerweile besser vor Überschwemmungen schützen. Was eigentlich gut gedacht ist, führt allerdings dazu, dass das Wasser dort, wo es bislang gewütet hat, zwar keinen Schaden mehr anrichten kann. Doch sucht es sich in Folge dessen andere Wege und sorgt an Orten für Verwüstungen, die sonst nie betroffen waren. Auch tragen zahlreiche bauliche Maßnahmen, wie Bodenverdichtungen oder -versiegelungen dazu bei, dass Wassermassen nicht mehr oder weitaus schlechter versickern können.

## Konkrete Schutzmaßnahmen

Doch was können Unternehmen tun, um sich vor den zunehmenden Gefahren zu schützen? Bei einem Neubau können sie sich beispielsweise dahingehend beraten lassen, ob ein Standort durch Umwelteinflüsse gefährdet ist. Einen solchen Service bieten Planungsbüros oder auch Versicherer an. Ergibt eine Untersuchung, dass man besser nicht am geplanten Platz bauen sollte, weil er sich in einer Senke befindet, ist schon viel gewonnen.

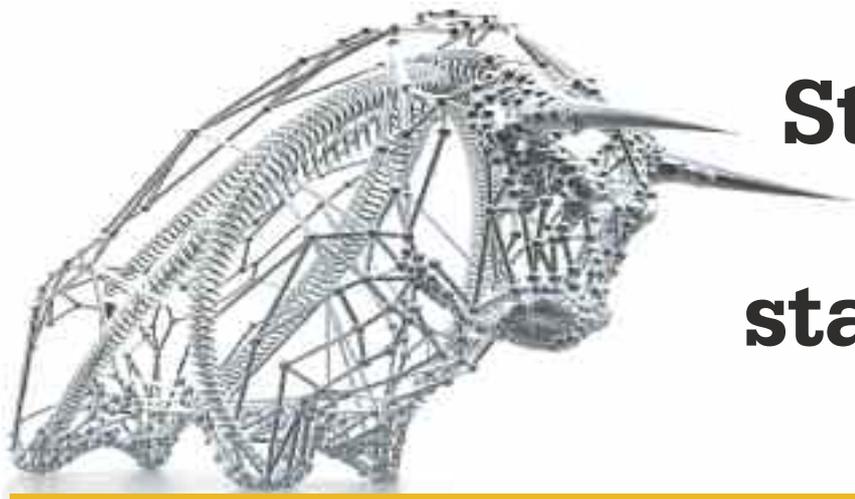
**Bei bestehenden Gebäuden raten Experten dazu**, sie auf mögliche bauliche Schwachstellen prüfen zu lassen und gegebenenfalls zu verstärken. Weitere Maßnahmen, die erst einmal trivial klingen, sind ebenfalls sehr wirksam. Dazu gehört beispielsweise, Abflüsse, Kanäle und Dachrinnen regelmäßig zu reinigen, um sicherzustellen, dass Wasser rasch und ungehindert abfließen kann. Zusätzlich kann auch im Inneren von Gebäuden viel getan werden. Elektrische Leitungen und elektronisch gesteuerte Geräte können – wenn möglich – ebenfalls „hoch gesetzt“ werden, um Abstand zu eintretendem Wasser zu schaffen.

Ebenfalls bewährt hat es sich, Notfallpläne zu erarbeiten. Darin sollte nicht nur das eigene Unternehmen, sondern auch Abhängigkeiten von Zulieferern und Kunden berücksichtigt werden. Selbst wenn im Unternehmen nichts passiert, kann es vorkommen, dass Lieferanten aufgrund von Umweltschäden nicht mehr liefern können. So geraten womöglich auch die Empfänger in Schwierigkeiten.

Neben der Prävention rund um Gebäude sowie dem Erstellen von Notfallplänen ist der richtige Versicherungsschutz unerlässlich. Hier gilt: Für das passende Paket ist eine umfassende Beratung das A und O. Gerade was das Absichern individueller Risiken oder das Festlegen von Höchstdeckungen betrifft, ist es unerlässlich, Kontakt mit einem Fachmann aufzunehmen und einen Vor-Ort-Termin zu vereinbaren.



**Ansprechpartner**  
**Dennis Gottschalk**  
**VSM Versicherungsstelle Stahl- und Metallverarbeitung GmbH**  
Hohenzollernstr. 2  
44135 Dortmund  
Tel. 0231/5404-521  
Fax 0231/5404-7521  
E-Mail: [dennis.gottschalk@leue.de](mailto:dennis.gottschalk@leue.de)



# Starker Stahl braucht starke Bücher



## Unverzichtbar im Arbeitsalltag – BDS-Fachbücher



Dr. Axel Willauschus  
**Stahlrohre und Rohrzubehör**  
 Herstellung und Anwendungsgebiete  
 Format DIN A5 | veredeltes Softcover |  
 308 Seiten | 1. Auflage Nov. 2015 |  
 49,00 € zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Ludwig Felser  
**Ladungssicherung  
 im Stahlhandel**  
 Empfehlungen, Ausrüstung und Umsetzung  
 Format DIN A4, dt./engl. | hochwertiges  
 Hardcover | 89 Seiten, 168 Abbildungen  
 1. Auflage – Sep. 2013 |  
 39,00 € zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Dipl.-Ing. Jochen Adams,  
 Dr. rer. nat. Peter Drodten  
**Langerzeugnisse aus Stahl**  
 Herstellung, Eigenschaften und  
 Prüfung  
 Format DIN A4, dt./engl. | hochwertiges  
 Hardcover | 128 Seiten, 99 Abbildungen  
 1. Auflage – Sep. 2013 | 119,00 €  
 zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Dr. Axel Willauschus  
**EN-Normen für Stahlrohre  
 und Rohrzubehör**  
 Kommentar für den praxisorientierten  
 Anwender aus Handel und Industrie  
 Format DIN A5 | veredeltes Softcover  
 474 Seiten | 3. Auflage – Feb. 2008 |  
 39,00 € zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Manfred Feurer, Prof. Dr. Joachim Lueg,  
 Heinz Schürmann  
**Stahl-Lexikon**  
 Eine Material-, Produkt- und  
 Anarbeitungskunde  
 Format DIN A5 | veredeltes Softcover |  
 339 Seiten, 75 Abbildungen | 27. Auflage –  
 Nov. 2009 | 49,00 € zzgl. MwSt.,  
 Verpackung & Versand



Peter Henseler  
**Prüfbescheinigungen nach  
 EN 10204 in der Praxis**  
 Format DIN A5 | veredeltes Softcover |  
 ca. 100 Seiten | 1. Auflage – 2011 | 45,79 €  
 zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Dipl.-Ing. Jochen Adams,  
 Dr. rer. nat. Peter Drodten  
**Flacherzeugnisse aus Stahl**  
 Herstellung, Eigenschaften und Prüfung  
 Format DIN A4, dt./engl. | hochwertiges  
 Hardcover | 130 Seiten, 120 Abbildungen  
 1. Auflage – Dez. 2010 | 119,00 €  
 zzgl. MwSt., Verpackung & Versand



Dipl.-Ing. Jochen Adams, Dr. rer. nat. Peter  
 Drodten, Dipl.-Ing. Wolfgang Drodten  
**Edelstahl Rostfrei**  
 Herstellung, Eigenschaften und  
 Verarbeitung  
 Format DIN A4, dt./engl. | hochwertiges  
 Hardcover | 144 Seiten, 104 Abbildungen  
 1. Auflage – Dez. 2009 | 99,00 €  
 zzgl. MwSt., Verpackung & Versand

Bestellen Sie per Telefax: 02 11/8 64 97-22 oder per E-Mail: [info-BDS@stahlhandel.com](mailto:info-BDS@stahlhandel.com)  
 BDS AG – Bundesverband Deutscher Stahlhandel – [www.stahlhandel.com](http://www.stahlhandel.com)